



Geschäftsverteilungsplan 2026

Stand: 1. Januar 2026

 Brief-/Hausanschrift: Fürther Straße 110, 90429 Nürnberg
 Tel.-Vermittlung: (0911) 321 01
 Tel.-Durchwahl: (0911) 321 + Durchwahl
 E-Mail: poststelle@lg-nfue.bayern.de
 Internet: <http://www.justiz.bayern.de/gericht/lg/nfue/>

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>Vorbemerkungen</u>	3
<u>A Zivilkammern</u>	4
<u>B Kammern für Handelssachen</u>	45
<u>C Güterrichter</u>	55
<u>D Wiedergutmachungskammer</u>	57
<u>E Strafkammern</u>	58
<u>Kammer für Bußgeldsachen</u>	73
<u>Kammer für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten Sachen</u>	89
<u>F Strafvollstreckungskammer</u>	99
<u>G Kammerübergreifende Vertretungsregelung</u>	100
<u>H Ergänzungsrichter</u>	101
<u>I Vorrangregelung</u>	102
<u>J Eildienst der Richter</u>	104
<u>K Bereitschaftsdienst beim Amtsgericht Erlangen</u>	105
<u>L Übergangs- und Schlussbestimmungen</u>	106
<u>Anlagen: Verteilungsschemata Z1 – Z3, H1, H2, S1 – S8; Notfallgeschäftsverteilung</u>	

Vorbemerkungen

Bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth sind gebildet:

20 Zivilkammern

fünf Kammern für Handelssachen

eine Wiedergutmachungskammer

22 Strafkammern, davon

zwei zugleich Schwurgericht

drei zugleich Wirtschaftsstrafkammer

eine zugleich Staatsschutzkammer

eine zugleich Kammer für Bußgeldsachen

eine zugleich Kammer für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

vier Jugendkammern

eine Strafvollstreckungskammer

(einschließlich sogenannter kleiner Strafvollstreckungskammer)

ein Berufsgericht für Heilberufe

ein Berufsgericht für Architekten

ein Berufsgericht für Beratende Ingenieure

Präsident des Landgerichts Zwerger übernimmt den Vorsitz der 15. Zivilkammer und der 9. Strafkammer.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen in den textlichen Ausführungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

A Zivilkammern

Die Verteilung der Geschäfte erfolgt nach speziellen Sachgebieten, Anfangsbuchstaben oder nach der Reihenfolge der Verfahrenseingänge in einer sich regelmäßig wiederholenden Weise (Turnus).

1 Verteilung nach Buchstaben

Soweit die Geschäfte nach Anfangsbuchstaben verteilt sind, ist die Bezeichnung des Beklagten (Antragsgegners) maßgebend. Hierbei gilt:

- 1.1 Bei der Bestimmung eines Namens (auch in Firmenbezeichnungen und bei Stiftungen des privaten Rechts) bleiben solche Namensbestandteile außer Betracht, bei denen es sich offenkundig um Vornamen, Adelsprädikate, Artikel, Berufsbezeichnungen oder um unselbständige Zusätze (z.B. van, zu oder arabische Namensteile wie Abd, Abu, Al, Ben, El, Ibn) handelt. Dies gilt nicht, wenn der Zusatz mit dem sonstigen Namensteil zusammengeschrieben wird (z.B. McDonald). Sind Namensbestandteile durch Bindestrich oder Apostroph getrennt (z.B. Doppelnamen oder ausländische Namen wie Hua-Kuo-Lai, O'Hara), so ist auf die letzte Bezeichnung abzustellen. Umlaute sind durch Kombination entsprechender Buchstaben darzustellen (z.B. Ä = Ae, Ö = Oe). Das Zeichen „@“ ist als „at“ zu lesen.

Bei Unklarheiten über die Schreibweise eines Namens entscheidet die Eintragung in amtlichen Ausweispapieren, wobei deutsche Ausweise den Vorrang vor ausländischen und Reisepässe den Vorrang vor sonstigen Ausweisen haben. Das gleiche gilt, wenn unklar ist, nach welchem von mehreren selbständigen Namensteilen sich die Zuständigkeit richten soll (z.B. bei mehrgliedrigen portugiesischen oder amerikanischen Namen); hier ist im Zweifel auf den letzten Namensbestandteil abzustellen.

- 1.2 Zahlen gelten als deutsch gesprochene Wörter (z.B. 20th Century Fox = Zwanzigstes...).
- 1.3 Die Zusätze "Fa.", "Firma", "Verein", "Verband", "Gesellschaft", "Stiftung", "ARGE" oder "Arbeitsgemeinschaft", "WEG" oder "Wohnungseigentumsgemeinschaft" bleiben außer Betracht (z.B. Gesellschaft für **Wohnungsbau** oHG, aber: Firma **Baugesellschaft Schöner Wohnen**).

- 1.4 Bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts entscheidet der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes der Bezeichnung, wobei die allgemeinen Statusbezeichnungen (Land, Freistaat, Bezirk, Landkreis, Stadt, Marktgemeinde, Gemeinde, Universität, Volksschule, Sparkasse u.a.) außer Betracht bleiben (z.B. Land **Niedersachsen**, Freistaat **Bayern**, Staatliches Gymnasium **Hersbruck**, Universität **Regensburg**, Technische Hochschule **München**, jedoch: **Bundesrepublik Deutschland**, **Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**, **Freie Universität Berlin**, **Martin-Behaim-Gymnasium**).
- 1.5 Bei kirchlichen und religiösen Einrichtungen entscheidet der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes der Bezeichnung, wobei die Worte "(Ev.-luth.) Kirchengemeinde", "(Kath.) Kirchenstiftung" etc. außer Betracht bleiben (z.B. Ev.-luth. Kirchenstiftung **Henfenfeld**, Kath. Kirchengemeinde **St. Bonifaz Nürnberg**).
- 1.6 Maßgeblich sind die jeweiligen amtlichen Bezeichnungen (wie sie z.B. aus dem Bayerischen Jahrbuch ersichtlich sind).
- 1.7 An die Stelle der Bezeichnung eines Konkurs-, Vergleichs-, Insolvenz- oder Zwangsverwalters tritt die Bezeichnung des Gemeinschuldners bzw. Schuldners, an die Stelle der Bezeichnung eines Nachlassverwalters, Nachlasspflegers oder Testamentsvollstreckers die Bezeichnung des Erblassers.
- 1.8 Wenn neben einer Firma mehrere Inhaber, neben einer parteifähigen Personengesellschaft die Gesellschafter oder neben einem auch nicht rechtsfähigen Verein seine Mitglieder im Klagerubrum mitbenannt oder mitverklagt werden, so ist vorrangig die eingetragene, bei fehlender Eintragung die im Rechtsverkehr gebräuchliche Firmen-, Gesellschafts- oder Vereinsbezeichnung maßgebend; stets gilt: ist nur ein Inhaber vorhanden, ist bei einer nicht eingetragenen Einzelfirma auf den Namen des Inhabers abzustellen. Tz. 1.1 und Tz. 1.9 bleiben unberührt.

Werden mehrere eingetragene Firmen oder parteifähige Personengesellschaften verklagt oder wird neben einer parteifähigen Personengesellschaft eine andere Gesellschaft als deren Gesellschafter mitverklagt, so gilt in deren Verhältnis zueinander Tz. 1.10 (z.B. wenn eine GmbH & Co. KG zusammen mit der GmbH-Komplementärin verklagt wird).
- 1.9 Bei einer Abkürzung, Kurzform, Fantasiebezeichnung o.ä. entscheidet der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes der Bezeichnung; Tz. 1.1 bleibt unberührt (z.B. **St. Josefsstiftung**,

G.W. Beteiligungs-GmbH, GeWe-Beteiligungs-GmbH; jedoch: Gg. Weber-Beteiligungs-GmbH).

- 1.10 Bei mehreren Beklagten (Antragsgegnern) ist der nach dem Alphabet erste maßgebend. Bei Verweisungen und bei Rechtsmitteln kommen nur die Beteiligten in Betracht, gegen die das Verfahren beim Landgericht anhängig geworden ist.
- 1.11 Stellt sich heraus, dass einer der Verfahrensbeteiligten unrichtig bezeichnet war, so wirkt sich das auf die Zuständigkeit nur aus, wenn die Richtigstellung vor dem nach Tz. 4.11 maßgebenden Zeitpunkt erfolgt.
- 1.12 Eine nach Eingang der Klage bzw. Anspruchsbegründung eintretende Änderung des Namens (z.B. durch Heirat oder auf andere Weise) oder der Bezeichnung eines der Prozessbeteiligten (Änderung des Firmennamens, Fusion etc. – maßgeblich ist gegebenenfalls die Registereintragung) wirkt sich auf die einmal begründete Zuständigkeit nicht aus.

Die für ein Verfahren in erster oder zweiter Instanz einmal begründete Zuständigkeit einer Kammer wird

- durch nachträgliches Hinzutreten oder nachträglichen Wegfall von Prozessbeteiligten,
- durch nachträgliche Änderung oder den ganzen oder teilweisen Wegfall der Klage oder durch eine Änderung des Sachverhalts oder der Anspruchsgrundlage

nicht berührt, wenn dies nach dem gemäß Tz. 4.11 maßgebenden Zeitpunkt geschieht.

Dies gilt nicht, soweit durch Gesetz eine zwingende Regelung zur funktionellen Zuständigkeit einer oder mehrerer Kammern getroffen ist (insbesondere nach § 72a Abs. 1 GVG).

2 Verteilung nach speziellen Sachgebieten

- 2.1 Die Verteilung der Geschäfte nach speziellen Sachgebieten richtet sich nach dem Sachvortrag der Klagepartei, sofern das Gesetz keine von diesem Grundsatz abweichende Regelung enthält. Wären danach mehrere Spezialkammern zuständig, so ist, falls das Gesetz und diese Geschäftsverteilung nichts anderes bestimmen, diejenige Kammer zur Entscheidung berufen, zu deren Geschäftsaufgabe die Spezialmaterie gehört, bei der das Schwerpunkt liegt. Dies wird in der Regel bei dem spezielleren Sachgebiet der Fall sein. Die

durch die Sache begründete spezielle Zuständigkeit geht grundsätzlich der auf der Person der Beteiligten beruhenden speziellen Zuständigkeit vor; behauptete Verkehrssicherungspflichtverletzungen der öffentlichen Hand verbleiben bei der Fiskalkammer.

2.2 Ist eine Kammer nach den nachfolgenden Bestimmungen für ein spezielles Sachgebiet zuständig, so umfasst diese Zuständigkeit auch Rechtsbeziehungen, die

- Honorarforderungen von Rechts- und Patentanwälten oder
- Schadensersatzansprüche gegen Rechts- und Patentanwälte sowie Sachverständige

zum Gegenstand haben und auf Tätigkeiten in solchen Rechtsgebieten beruhen. Dies gilt auch, wenn für die Tätigkeit des Rechts-, Patentanwalts oder Sachverständigen zwar keine erinstanzliche Zuständigkeit, jedoch eine zweitinstanzliche Zuständigkeit im Sinne von Tz. 2.5 besteht. Bei Streitigkeiten betreffend Honorarforderungen von oder Schadensersatzansprüche gegen Rechts- und Patentanwälte erfolgt die Zuweisung gemäß § 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. d) ZPO.

2.3 Wird jemand aus einer Bürgschaft, Hypothek, Grundschuld oder aus einem anderen Sicherungsrecht in Anspruch genommen, so ist, sofern der dadurch gesicherte Anspruch einem speziellen Sachgebiet zuzuordnen ist, die entsprechende Spezialkammer zur Entscheidung des Rechtsstreits berufen.

2.4 Die Zuständigkeit einer Spezialkammer wird nicht dadurch berührt, dass der Anspruch an einen Dritten abgetreten worden oder kraft Gesetzes auf einen Dritten übergegangen ist.

2.5 Eine spezielle erst- und zweitinstanzliche Zuständigkeit besteht auf folgenden Sachgebieten:

2.5.1 Pressesachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. a) ZPO, § 72a Abs. 1 Nr. 5 GVG)

Erfasst sind Streitigkeiten über Ansprüche aus Veröffentlichungen durch Druckerzeugnisse und Bild- und Tonträger jeder Art, insbesondere in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen sowie im Internet, wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, des wirtschaftlichen Rufes und der Ehre sowie bei Verletzung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb. Hierzu gehören namentlich auch Streitigkeiten über die

Verpflichtung zur Veröffentlichung einer Gegendarstellung, zur Unterlassung, zum Widerruf und Schadensersatz nach dem Bayerischen Pressegesetz oder anderen Rechtsgrundlagen sowie Streitigkeiten aufgrund von Vereinbarungen aus den genannten Rechtsgebieten. Ferner zählen hierzu Streitigkeiten wegen der Sperrung eines Accounts in einem sozialen Netzwerk aufgrund dort getätigter Äußerungen sowie Verfahren nach § 21 Abs. 3 Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz (TDDDG).

2.5.2 Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. b) ZPO, § 72a Abs. 1 Nr. 1 GVG)

Erfasst sind Streitigkeiten, an denen eine Bank, Sparkasse, ein Kredit- oder ein Finanzinstitut beteiligt sind, sofern Ansprüche aus den in § 1 Abs. 1, Abs. 1a Satz 2 und Abs. 3 KWG genannten Geschäften (u.a. Kredit-, Diskont-, Effekten-, Depot-, Investment-, Leasing- und Wertpapiergeschäfte, Terminkontrakte und Optionen) betroffen sind. Erfasst werden auch Regressansprüche gegen Verantwortliche von Finanzunternehmen aus den oben genannten Geschäften. Für Finanzinstitute bzw. Finanzunternehmen im Sinne dieser Geschäftsverteilung wird nicht vorausgesetzt, dass sie in einer gesellschaftlichen Rechtsform geführt werden.

Zu diesem Sachgebiet zählen ferner Streitigkeiten wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit dem Abschluss von Kapitalanlagen, gleich, aus welchem Rechtsgrund sie sich erheben und gegen wen sie sich richten. Keine Kapitalanlagen sind die individuelle Anschaffung von Sachen einschließlich Immobilien oder der Abschluss von Versicherungsverträgen im Sinne von Tz. 2.5.8; die Regelungen in Tz. 2.5.3 und Tz. 2.5.8 bleiben unberührt. Erfasst werden auch solche Verfahren, die von einem anderen Gericht an das Landgericht aufgrund § 32b ZPO verwiesen wurden.

Zu diesem Sachgebiet gehören auch Klagen aus §§ 823 Abs. 2, 826 BGB wegen missbräuchlicher Erlangung oder Ausnutzung eines Vollstreckungstitels, dem ein solcher Vertrag oder ein solches Geschäft zugrunde lag.

Ferner sind Streitigkeiten wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer Finanzierungsberatung von diesem Sachgebiet erfasst, soweit es sich nicht um eine Bausache im Sinn von Tz. 2.5.3 handelt.

Die Zuteilung an die zuständigen Kammern erfolgt nach dem unter Tz. 3.4 bestimmten Turm.

2.5.3 Bausachen (Verteilung im Turnus, Anlage Z3)

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. c) ZPO, § 72a Abs. 1 Nr. 2 GVG)

Erfasst sind Streitigkeiten aus Dienst-, Werk-, Werklieferungs- und entgeltlichen Geschäftsbesorgungsverträgen auch über die Baunebenkosten, wenn an ihnen zumindest auf einer Seite ein Architekt, Bauunternehmer oder eine andere berufsmäßig mit der Planung oder Ausführung von Bauarbeiten befasste Person in dieser Eigenschaft beteiligt waren, sowie Streitigkeiten aus Baubetreuungsverträgen und verwandten Rechtsgeschäften unter Einschluss von Kaufanwärter- und Träger-Bewerber-Verträgen, soweit in all diesen Verträgen eine Partei die Verpflichtung zur Durchführung oder Überwachung von Bauarbeiten übernommen hat. Erfasst werden auch Zuliefererverträge, die einen konkreten Bezug zu einem bestimmten Bauvorhaben aufweisen (z.B. Maßanfertigungen, Wärmebedarfs-, Rohrnetz- oder Verbundluftberechnungen für Heizkomponenten, konkrete Kaminplanungen, individuell geplante Einbauküchen, Lieferung samt Montage einer Solar- oder Photovoltaikanlage, Gerüste) sowie Sachverhalte, in denen eine der o.g. Personen eine Immobilie veräußert und ein Streit über die Finanzierungsberatung entsteht.

Zu diesem Sachgebiet gehören ferner Streitigkeiten

- zwischen Veräußerer und Erwerber eines Grundstücks wegen dessen Bebaubarkeit oder wegen Baumängeln;
- zwischen den in Satz 1 genannten Beteiligten, die – ohne Rücksicht auf ihre Rechtsgrundlage – in einem der vorgenannten Verhältnisse wurzeln; Ansprüche nach Unfällen werden hiervon nicht erfasst;
- über Schäden an Gebäuden durch Baumaßnahmen an Nachbargrundstücken bzw. -wohnungen und auf dem Grundstück des Geschädigten sowie damit einhergehender Haftpflichtansprüche;
- die gesellschaftsrechtliche oder wirtschaftliche Auseinandersetzung einer ARGE, die zur Errichtung oder Sanierung eines Bauwerks gebildet worden war;
- denen folgende Ansprüche zugrunde liegen:
 - Ansprüche eines Beteiligten (Satz 1) gegen seine Haftpflichtversicherung oder Regressansprüche einer Versicherung gegen einen Beteiligten (Satz 1) wegen eingetretener Bauschäden;
 - Ansprüche eines Beteiligten (Satz 1) wegen Verstoßes gegen Bestimmungen des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 1 ff. BauFordSiG).

Die Zuteilung an die zuständigen Kammern erfolgt nach dem unter Tz. 3.3 bestimmten Turnus (Anlage Z3).

2.5.4 Notarsachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. d) ZPO)

Erfasst sind Streitigkeiten, die Vergütungsansprüche der Notare und Schadensersatzansprüche gegen diese im Zusammenhang mit ihrer Berufsausübung zum Gegenstand haben.

2.5.5 Arzthaftungssachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. e) ZPO, § 72a Abs. 1 Nr. 3 GVG)

Erfasst sind sowohl vertragliche als auch gesetzliche Ansprüche gegen Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte sowie gegen weitere beruflich mit der Heilbehandlung befasste Personen, wie Heilpraktiker, Psychologen, Psychotherapeuten und Physiotherapeuten, die im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Berufstätigkeit stehen, insbesondere aber auch Vergütungsansprüche aus diesem Bereich und Ansprüche auf Einsicht in die Krankenunterlagen. Zu diesem Sachgebiet gehören ferner Ansprüche wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Pflege von Personen in Heimen.

Die Zuständigkeit für Arztfiskalsachen hat Vorrang.

2.5.6 Gewerbliche Rechtsschutz- und Wettbewerbssachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. f) ZPO)

Erfasst sind Streitigkeiten nach dem Markengesetz, dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgesheimnissen.

Zu diesem Sachgebiet gehören ferner kartellrechtliche Schadensersatzansprüche sowie Streitigkeiten nach dem Patent-, Gebrauchsmuster-, Halbleiterschutz- und Arbeitnehmererfindungsgesetz, dem europäischen Marken- und Kartellrecht sowie Streitigkeiten über das Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr oder um Streitigkeiten über Domain-Namen handelt.

2.5.7 Fracht-, Speditions- und Lagersachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. g) ZPO)

2.5.8 Versicherungssachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. h) ZPO, § 72a Abs. 1 Nr. 4 GVG)

Erfasst sind Streitigkeiten über Ansprüche aus Versicherungsverhältnissen zwischen dem Versicherungsnehmer, dem Versicherten oder dem Bezugsberechtigten und dem Versicherer.

Die Zuständigkeiten für Bau- bzw. Kraftfahrtversicherungssachen haben Vorrang.

2.5.9 Urheber- und Designsachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. i) ZPO)

Erfasst sind Streitigkeiten nach dem Urheberrechts-, Verwertungsgesellschaften-, Kunsturheber- und Verlagsgesetz.

Zu dem Sachgebiet gehören zudem Streitigkeiten nach dem Designgesetz sowie der Gemeinschaftsgeschmacksmuster- bzw. Uniondesignverordnung.

2.5.10 Kommunikations- und Informationstechnologiesachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. j) ZPO)

Erfasst sind insbesondere Streitigkeiten aus Verträgen und unerlaubter Handlung einschließlich der Produkthaftung hinsichtlich Datenverarbeitungsprogrammen und EDV-Anlagen/Computern (Software und Hardware einschließlich Netzwerk). Hierzu gehören auch Streitigkeiten aus dem Bereich des telekommunikativen Vertragswesens und Handels (z.B. E-Commerce), sofern die Anwendung spezieller Vorschriften aus dem IT-Bereich in Betracht kommt und es sich nicht um eine Pressesache oder Bank-, Finanz- und Kapitalanlagenache handelt. Verträge, die lediglich auf elektronischem Weg zustande gekommen sind, erfordern grundsätzlich keine Anwendung spezieller Vorschriften aus dem IT-Bereich.

2.5.11 Fisksachen

(§ 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. k) ZPO; § 71 Abs. 2 Nrn. 1, 2, Abs. 3 GVG)

Erfasst sind insbesondere Ansprüche gegen Beamte bzw. Richter und/oder gegen ihren Dienstherrn wegen Amtspflichtverletzung (§ 71 Abs. 2 Nr. 2 GVG), Enteignungs- und Aufopferungsansprüche, Ansprüche nach dem NATO-Truppenstatut sowie Streitigkeiten, die den Landgerichten ohne Rücksicht auf ihren Streitwert nach § 71 Abs. 3 GVG i.V.m. Art. 9 AGGVG zugewiesen sind. Das Sachgebiet umfasst ferner Streitigkeiten auf Grund spezialgesetzlicher Zuweisung seitens des Bundes, sofern sie nicht einem anderen Sachgebiet (z.B. Tz. 2.5.6) zuzuordnen sind. Nicht erfasst werden Schadensersatzansprüche aufgrund falscher, irreführender oder unterlassener öffentlicher Kapitalmarktinformationen i.S.d. § 71 Abs. 2 Nr. 3 GVG.

Erfasst sind auch solche Verfahren, die von einem Amtsgericht an das Landgericht in der Annahme einer ausschließlichen, streitwertunabhängigen Zuständigkeit als Fiskalsache verwiesen worden sind. Ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des erhobenen Anspruchs gehören zu diesem Sachgebiet auch Streitigkeiten, denen Ansprüche gegen eine Gebietskörperschaft (Bundesrepublik Deutschland, Bundesland, Bezirk, Landkreis, Gemeinde und öffentlich-rechtlicher Zweckverband) und Anstalten sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts (z.B. Universitäten) zugrunde liegen, sofern die Streitigkeit nicht einem anderen Sachgebiet zuzuordnen ist. Dies gilt auch für Verfahren gegen entsprechende ausländische Institutionen.

2.5.12 Verkehrsunfallsachen und Kraftfahrtversicherungssachen

Erfasst sind Streitigkeiten über Ansprüche aus Verkehrsunfällen im Straßen-, Wasser-, Schienen- und Luftverkehr, auch soweit Gebietskörperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind, jedoch keine Hoheitsrechte in Anspruch genommen wurden. Als Verkehrsunfälle gelten auch Unfälle, die sich zwar nicht im Straßenverkehr, aber im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs, Anhängers oder Gespanns ereignet haben.

Ferner gelten als Verkehrsunfallsachen auch Streitigkeiten

- a) im Zusammenhang mit der An- und Vermietung eines Kraftfahrzeugs, Anhängers oder Gespanns als Ersatzfahrzeug nach einem Verkehrsunfall,
- b) über Ansprüche eines Kfz-Vermieters gegen den Mieter, eines Leasinggebers gegen den Leasingnehmer oder eines Sicherungseigentümers gegen den Sicherungsgeber wegen eines von diesem oder einem Dritten verursachten Verkehrsunfalls,

- c) über Ansprüche aus zwischen Sozialversicherungsträgern und Kraftfahrthaftpflichtversicherern abgeschlossenen Teilungsabkommen,
- d) über Ansprüche eines Kraftfahrthaftpflichtversicherers auf Regress gegen einen Kfz-Halter oder Fahrer anlässlich eines Verkehrsunfalls
oder
- e) über Ansprüche gegen einen Kfz-Kaskoversicherer aus dem Versicherungsvertrag wegen eines Verkehrsunfalls.

In den Streitigkeiten nach den Buchstaben c) bis e) (Kraftfahrtversicherungssachen) erfolgt die Zuweisung als Versicherungssache nach § 348 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 lit. h) ZPO, § 72a Abs. 1 Nr. 4 GVG.

2.5.13 Miet- und Pachtsachen

Erfasst sind Streitigkeiten, deren Anspruchsgrundlage in einem Miet- oder Pachtvertrag, in Miet- oder Pachtvertragsverhandlungen oder in einem tatsächlichen Miet- oder Pachtverhältnis wurzelt, sofern der Miet- oder Pachtgegenstand eine unbewegliche Sache ist. Ausgenommen sind Ansprüche aus Beherbergungsverträgen, aus Vertragsverhandlungen über eine Beherbergung und aus einem tatsächlichen Beherbergungsverhältnis.

2.5.14 Erbsachen

(§ 72a Abs. 1 Nr. 6 GVG)

Erfasst sind Streitigkeiten nach der Zivilprozessordnung über erbrechtliche Angelegenheiten im Sinne des 5. Buchs des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die Zuteilung an die zuständigen Kammern erfolgt nach dem unter Tz. 3.5. bestimmten Turnus.

2.5.15 Arztfiskalsachen

Erfasst sind Arzthaftungssachen, bei denen es sich zugleich um Fiskalsachen handelt.

Bei der Bestimmung des für die Verteilung der neu eingehenden Arztfiskalsachen maßgeblichen Anfangsbuchstabens ist vorrangig auf die beklagte Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts abzustellen. Im Übrigen gilt Tz. 1 entsprechend.

2.5.16 Insolvenzsachen

(§72a Abs. 1 Nr. 7 GVG)

3 Verteilung im Turnus

3.1 Allgemeine Bestimmungen

- 3.1.1. Neu eingehende Verfahren (O-, OH-, S- und T-Sachen) werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, in der Reihenfolge ihres Eingangs nach Maßgabe des in Anlage Z1 für allgemeine erstinstanzliche Verfahren (jeweils ein Turnus für O- und für OH-Sachen), in Anlage Z2 für Berufungs- und Beschwerdeverfahren (jeweils ein Turnus für S- und für T-Sachen) und in Anlage Z3 für erstinstanzliche Bausachen gemäß 2.5.3 (jeweils ein Turnus für O- und für OH-Sachen) festgelegten Systems in einer regelmäßig wiederkehrenden Weise auf die Kammern verteilt.
- 3.1.2 Verfahren nach Tz. 1, Tz. 2 (mit Ausnahme der Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen nach Tz. 2.5.2, der erstinstanzlichen Bausachen nach Tz. 2.5.3 und der Erbsachen nach Tz. 2.5.14), Tz. 4.1 bis 4.6, 4.8 und 4.9 nehmen an der Turnusverteilung nicht teil.
- 3.1.3 Die Registratur ordnet werktags (außer Samstag) um 8:00 Uhr die bis 24:00 Uhr des Vortags im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs im EDV-System eingegangenen, für eine Zuteilung in einem Turnus in Betracht kommenden Neuzugänge getrennt nach den Verteilungsschemata Z1 bis Z3 in aufsteigender Reihenfolge nach dem (nach Stunden, Minuten und Sekunden) dokumentierten Zeitpunkt des Eingangs (Prüfvermerk). Ist ein Verfahren im Zeitpunkt des Eingangs nicht bearbeitungsfähig (z.B. bei nachgesendeten Passwörtern oder Akten bzw. technischen Störungen), ist der Zeitpunkt der Bearbeitungsfähigkeit maßgeblich, der gesondert zu dokumentieren ist.

Sind mehrere Neuzugänge zeitgleich (auch nach Sekunden) eingegangen, sind diese im Verhältnis zueinander in aufsteigender alphabetischer Reihenfolge zu ordnen. Maßgeblich ist der Anfangsbuchstabe des Namens der beklagten Partei. Bei Namensgleichheit ist auf die Namen der weiteren Beklagten, danach auf den Namen der Klagepartei abzustellen. Abschnitt A 1 gilt entsprechend.

Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend auch für Neuzugänge in Papierform. Die Registratur ordnet werktags (außer Samstag) um 11:00 Uhr die bis zu diesem Zeitpunkt bei

ihr eingegangenen, für eine Zuteilung in einem Turnus in Betracht kommenden Neuzu-gänge in Papierform entsprechend der Regelung in Absatz 2. Diese werden im unmittelba-ren Anschluss an den letzten gemäß Absatz 1 zu berücksichtigenden Eingang im elektro-nischen Rechtsverkehr verteilt.

Abweichend von Absatz 1 bis 3 sind Arreste und einstweilige Verfügungen unverzüglich nach ihrem Eingang mit der nächsten Ordnungsnummer zu versehen und im Turnus zu verteilen. Dies gilt auch für Beschwerden, die solche Verfahren betreffen.

3.2 Verteilung im Turnus für allgemeine erstinstanzliche Zivilsachen, Berufungen und Be-schwerden

Entsprechend der Sortierung nach Tz. 3.1 sind die dem Turnus für allgemeine erstinstanz-liche Zivilsachen, Berufungen und Beschwerden unterfallenden Eingänge unter Berück-sichtigung eines Bonus oder Malus mit einer fortlaufenden Ordnungsnummer, beginnend am 1. Januar mit der Nummer „1“ sowie in sich wiederholender und endloser Weise wie-derbeginnend mit „1“, wenn die Nummern des jeweiligen Verteilungsschemas in einem vo-rangegangenen Durchlauf des Turnus bereits vergeben wurden, zu versehen, in einer Liste zu erfassen und nach ihrer Ordnungsnummer gemäß Anlagen Z1 und Z2 auf die Kammern im jeweiligen Turnus für allgemeine O-, OH-, S- und T-Sachen zu verteilen.

Die Zuteilung auf die Kammern erfolgt in der Reihenfolge: Beschwerden, selbständige Be-weisverfahren, erstinstanzliche Verfahren, Berufungen.

3.3 Verteilung der erstinstanzlichen Bausachen gemäß Tz. 2.5.3

Entsprechend der Sortierung nach Tz. 3.1 sind Eingänge in erstinstanzlichen Bausachen (O- und OH-Sachen) unter Berücksichtigung eines Bonus oder Malus mit einer fortlaufen-den Ordnungsnummer, beginnend am 1. Januar mit der Nummer „1“ sowie in sich wieder-holender und endloser Weise wiederbeginnend mit „1“, wenn die Nummern des jeweiligen Verteilungsschemas in einem vorangegangenen Durchlauf des Turnus bereits vergeben wurden, zu versehen, in einer Liste zu erfassen und nach ihrer Ordnungsnummer gemäß Anlagen Z3 auf die Kammern im jeweiligen Turnus für O- und OH-Sachen zu verteilen.

3.4 Verteilung der Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen gemäß Tz. 2.5.2

Neu eingehende Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen (O-, OH-, S- und T-Sachen) werden in der Reihenfolge ihres Eingangs abwechselnd der 6. und 10. Zivilkammer (eins zu eins) zugewiesen. Hierzu führt die Registratur eine am 1. Januar mit der Nummer „1“ beginnende Liste, in welcher sie die neu eingehenden Verfahren fortlaufend mit Ordnungsnummern erfasst. Für die Reihenfolge gelten Tz. 3.1 und 3.2 Absatz 2 entsprechend. Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen, die aufgrund anderer Bestimmungen, insbesondere in Tz. 4, der 6. oder 10. Zivilkammer zugewiesen werden, sind nicht in der Liste zu erfassen. Von den auf diese Weise mit Ordnungsnummern versehenen Verfahren ist die 6. Zivilkammer für die Verfahren mit ungeraden, die 10. Zivilkammer für die Verfahren mit geraden Ordnungsnummern zuständig. Tz. 3.7 findet keine Anwendung.

3.5 Verteilung der Erbsachen gemäß Tz. 2.5.14

Neu eingehende Erbsachen (O-, OH-, S- und T-Sachen) werden in der Reihenfolge ihres Eingangs abwechselnd der 6. und 8. Zivilkammer (eins zu eins) zugewiesen. Hierzu führt die Registratur eine am 1. Januar mit der Nummer „1“ beginnende Liste, in welcher sie die neu eingehenden Verfahren fortlaufend mit Ordnungsnummern erfasst. Für die Reihenfolge gelten Tz. 3.1 und 3.2 Absatz 2. Erbsachen, die aufgrund anderer Bestimmungen, insbesondere in Tz. 4, der 6. oder 8. Zivilkammer zugewiesen werden, sind nicht in der Liste zu erfassen. Von den auf diese Weise mit Ordnungsnummern versehenen Verfahren ist die 6. Zivilkammer für die Verfahren mit ungeraden, die 8. Zivilkammer für die Verfahren mit geraden Ordnungsnummern zuständig.

3.6 Im Turnus für **allgemeine O-Sachen** werden der betreffenden Kammer auf die nächste Ordnungsnummer neu eingehende, selbstständige Beweisverfahren, erstinstanzliche Bau- sachen, Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen bzw. Erbsachen sowie außerhalb eines Turnus zu verteilende erst- und zweitinstanzliche Verfahren als Bonus angerechnet.

Im Turnus für **allgemeine S- und T-Sachen** werden der betreffenden Kammer auf die nächste Ordnungsnummer neu eingehende, außerhalb eines Turnus zu verteilende S- und T-Sachen als Bonus angerechnet.

Erstinstanzliche Verfahren und Berufungen werden mit einem Wert von 1,0, Beschwerden, und selbstständige Beweisverfahren mit einem Wert von 0,3 berücksichtigt. Abweichend hier- von gelten folgende Gewichtungen:

- erstinstanzliche Gewerbliche Rechtsschutz- und Wettbewerbssachen einschließlich der Streitigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen mit Ausnahme von Kartellsachen, sowie Urheber- und Designsachen, sofern es sich nicht um Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes handelt; 1,5
 - Kartellsachen; 4,0
 - erstinstanzliche Bau- und Arzthaftungssachen sowie Verfahren gemäß Tz. 1.3 des Aufgabenbereichs der 4. Zivilkammer; 2,0
 - Berufungen in Wohnungseigentumssachen gemäß § 43 Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 WEG; 1,5
 - Beschwerden in Freiheitsentziehungssachen gemäß § 415 FamFG bzw. gegen Entscheidungen, die nach dem BayPAG ergangen sind; 0,6
 - Beschwerden in Vormundschafts- und Betreuungssachen und gegen Entscheidungen, die nach dem Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (BayPsychKHG) ergangen sind; 0,9
 - Beschwerden in Konkurs-, Vergleichs- und Insolvenzverfahren sowie nach dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG); 1,0
 - Notarkostenbeschwerden (§ 127 GNotKG, § 156 KostO) und Beschwerden nach § 15 Abs. 2 BNotO und nach § 54 BeurkG; 1,0
- 3.7 Verfahren, die mit noch anhängigen Sachen derselben Instanz in sachlichem Zusammenhang stehen, werden abweichend von den Verteilungsschemata nach Tz. 3.1 bis 3.3 und 3.5 der Kammer zugewiesen, bei der die zuerst eingegangene Sache anhängig wurde. Die Zuweisung wird durch einen der nächsten Ordnungsnummer beigefügten Zusatz kenntlich gemacht (z.B.: 34/2; 34/3) und der Kammer, der die Sache zugewiesen wird, als Bonus angerechnet.
- Ein solcher Zusammenhang besteht, wenn gleichartige Ansprüche geltend gemacht werden, die im Wesentlichen auf gleichartigen Lebenssachverhalten beruhen, und auf der Beklagtenseite zumindest eine Partei identisch ist.
- 3.8 Ist ein Verfahren außerhalb des allgemeinen Turnus gemäß Tz. 3.2 zugewiesen worden, obgleich es nach Auffassung der betroffenen Kammer für diesen Turnus relevant ist, legt sie die Sache der Registratur vor. Dort wird der Zeitpunkt (bei elektronischen Akten) bzw. Tag (bei Papierakten) der Rückgabe (Eingang bei der Registratur) vermerkt und das Verfahren im Anschluss an die in Tz. 3.1 bis 3.3 beschriebene Verteilung der Neuzugänge wie ein Neuzugang verteilt. Nach der Übernahme des Verfahrens, die der Registratur

anzuzeigen ist, wird die zurückgebende Kammer zum Ausgleich bei der nächsten Ordnungsnummer im Turnus für allgemeine O-Sachen, sofern die Kammer daran nicht teilnimmt im Turnus für allgemeine S-Sachen, mit einem Malus belastet. Die Mehrfachzuweisung wird durch einen der Ordnungsnummer beigefügten Zusatz kenntlich gemacht (z.B.: 34/2; 34/3).

Entsprechend ist bei der internen Abgabe, auch zum Zwecke der Prozessverbindung, oder Verweisung einer Sache innerhalb des Landgerichts an eine andere Kammer einschließlich der Kammern für Handelssachen zu verfahren.

Bleibt nach einer Prozesstrennung das abgetrennte Verfahren bei der Ausgangskammer, wird es auf den Turnus nicht angerechnet.

- 3.9 Die Abgabe oder Rückgabe einer Sache gemäß Tz. 3.8 lässt die Zuteilung der im Turnus bereits verteilten Sachen unberührt.
- 3.10 Für den Wert eines Malus gilt Tz. 3.6 entsprechend.
- 3.11 Stehen sich bei einer Kammer innerhalb eines Turnus Boni und Mali gegenüber, werden sie miteinander verrechnet. Ein verbleibender Bonus oder Malus ist bei der Zuteilung der Verfahren zu berücksichtigen, wenn er den Wert von 1,0 erreicht oder übersteigt. Ist dies der Fall, wird die betreffende Kammer bei der nächsten Ordnungsnummer zum Ausgleich des Bonus oder Malus mit einem Verfahren weniger oder mehr belastet. Mehrere Mali werden bei der nächsten Ordnungsnummer vollständig ausgeglichen. Die Mehrfachzuweisung wird durch einen Zusatz bei der Ordnungsnummer (z.B.: 34/2; 34/3) kenntlich gemacht. Nicht verbrauchte Boni werden bei den darauffolgenden Ordnungsnummern berücksichtigt. Bei Vorliegen eines Bonus wird das zu verteilende Verfahren nicht mit der der betroffenen Kammer zugewiesenen Ordnungsnummer versehen. Stattdessen wird der Ausgleich in einer Liste vermerkt.
- 3.12 Werden Verfahren im Turnus fehlerhaft zugeteilt, bleiben die zwischenzeitlichen Zuteilungen unberührt. Versehentlich außerhalb eines Turnus zugeteilte Verfahren, die bei korrekter Zuteilung turnusrelevant gewesen wären, lassen die zwischenzeitlichen Turnuszuteilungen ebenfalls unberührt.

4 Allgemeine Bestimmungen

- 4.1 Für eine auf ein Verfahren über die Bewilligung der Prozesskostenhilfe folgende Klage oder Berufung ist die Kammer zuständig, die mit der Bewilligung der Prozesskostenhilfe befasst war.
- 4.2 Die Zuständigkeit für ein Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes oder ein selbständiges Beweisverfahren begründet auch die Zuständigkeit für die darauffolgende Hauptsacheklage. Dies gilt entsprechend für Verfahren nach einem Urteil über Kostenvorschuss, einem gerichtlichen Vergleich, hinsichtlich der Feststellung, ob einer im Bezugsverfahren festgestellten Forderung eine vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung zugrunde liegt, sowie für Verfahren über die Höhe eines durch ein Feststellungsurteil dem Grunde nach festgestellten Anspruchs.
- 4.3 Die Zuständigkeit für einen Urkunden-, Scheck- oder Wechselprozess begründet auch die Zuständigkeit für das jeweilige Nachverfahren. Dies gilt entsprechend für das weitere Verfahren nach einem Grundurteil oder einem sonstigen Vorbehaltsurteil.
- 4.4 Abänderungs-, Einmischungs-, Vollstreckungsabwehr-, Widerklagen, Klagen wegen Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung und Umschreibung der Vollstreckungsklausel, Schadensersatzklagen nach §§ 717 Abs. 2, Abs. 3, 945 ZPO, Klagen nach § 927 ZPO und Wiederaufnahmeverfahren sowie Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes gehören in die Kammer, bei der der Hauptprozess oder sonstige Nebenverfahren anhängig sind oder waren.

Satz 1 gilt entsprechend für Klagen nach § 34 ZPO und nach §§ 823 Abs. 2, 826 BGB wegen missbräuchlicher Erlangung oder Ausnutzung eines Vollstreckungstitels; die Zuständigkeit nach Tz. 2.2 und Tz. 2.5.2 hat jedoch Vorrang.

- 4.5 Alle aus einem Mahnverfahren nach §§ 696 ff. ZPO abgegebenen Verfahren gegen mehrere Gesamtschuldner fallen in die Zuständigkeit der Kammer, in der das erste Verfahren gegen einen oder mehrere Gesamtschuldner eingetragen ist.
- 4.6 War eine Kammer vor Eingang eines Rechtsmittels mit dem Verfahren bereits befasst, so ist sie für alle weiteren zweitinstanzlichen Entscheidungen einschließlich etwaiger Nebenverfahren zuständig. Dies gilt nicht, wenn die Befassung ausschließlich in einer Beschwerde gegen ein Ordnungsmittel, einem Antrag auf Bestimmung des zuständigen

Gerichts oder einer Beschwerde, welche die Ablehnung eines Richters zum Gegenstand hatte, bestand.

4.7 Tz. 4.1, 4.2, 4.4 und 4.6 gelten nicht für Verfahren, für die bei Eingang der Sache eine nur einer anderen Kammer zugeordnete Spezialzuständigkeit besteht. In diesem Fall ist die neue Sache nach allgemeinen Maßstäben zu verteilen.

4.8 Wird ein Verfahren ohne Bestimmung eines anderen Spruchkörpers vom Rechtsmittelgericht zurückverwiesen, so ist diejenige Kammer zuständig, die die angefochtene Entscheidung getroffen hat.

Wird ein Verfahren ohne Bezeichnung einer bestimmten Kammer an eine andere Kammer des Landgerichts zurückverwiesen, so ist unter Anrechnung auf den Turnus die Kammer zuständig, deren Mitglieder die regelmäßigen Vertreter der Kammer sind, deren Entscheidung aufgehoben wurde.

4.9 Bei Neuaufnahme eines Verfahrens, das nach der Aktenordnung weggelegt war, ist die früher damit befasst gewesene Kammer zur weiteren Behandlung in der zum Zeitpunkt der Neuaufnahme bestehenden Besetzung zuständig, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob mittlerweile einzelne Verfahrensbeteiligte ausgeschieden oder hinzugetreten sind.

4.10 Zwangsvollstreckungsbeschwerden sind, soweit diese Geschäftsverteilung keine abweichende Regelung enthält, als allgemeine Beschwerden zu behandeln. Dies gilt nicht für Vollstreckungsverfahren nach §§ 887, 888 und 890 ZPO, sofern für das Erkenntnisverfahren in zweiter Instanz eine Spezialkammer zuständig wäre.

4.11 Eine Kammer kann eine bei ihr anhängige Sache nicht mehr an eine andere Kammer abgeben, wenn entweder im schriftlichen Vorverfahren ein Versäumnis- oder Anerkenntnisurteil erlassen wird, ein Prozesskostenhilfe- oder ein Beweisbeschluss nach § 358a ZPO ergeht oder Termin zur mündlichen Verhandlung bestimmt wird. Liegt zu diesem Zeitpunkt noch kein anspruchsgrundender Schriftsatz vor, wird die Zuständigkeit dadurch begründet, dass eine Partei in mündlicher Verhandlung einen Sachantrag bzw. leugnenden Prozessantrag stellt. Im schriftlichen Verfahren ist der Zeitpunkt entscheidend, in dem beide Parteien ihr Einverständnis damit erklärt haben (§ 128 Abs. 2 ZPO), oder wenn nur noch über die Kosten zu entscheiden ist (§ 128 Abs. 3 ZPO).

- 4.12 Im Falle der Prozesstrennung verbleibt – unabhängig davon, ob eine Partei bereits in mündlicher Verhandlung einen Sachantrag oder leugnenden Prozessantrag gestellt hat – die Zuständigkeit für sämtliche Verfahren bei der Kammer, die zuständig wäre, wenn die Trennung nicht erfolgt wäre.
- 4.13 Über eine kammerübergreifende Prozessverbindung nach § 147 ZPO entscheidet die Kammer, bei der das nach dem Eingang der Klage beim Gericht älteste Verfahren anhängig ist. Bei gleichem Eingangsdatum ist die Kammer zuständig, deren Verfahren das ziffernmäßig niedrigste Aktenzeichen führt.
- 4.14 Die Regelungen in Tz. 4 zur funktionellen Zuständigkeit gelten nur insoweit, soweit nicht durch Gesetz eine zwingende Regelung zur funktionellen Zuständigkeit einer oder mehrerer Kammern getroffen ist (insbesondere nach § 72a Abs. 1 GVG).

1. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bausachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.3 (**Anlage Z3**).

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Schneider

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

**RiLG
Kayser**

**RiLG
Mangalia**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 9. Zivilkammer

2. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Verkehrsunfallsachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

A - C, R;

- 1.3 Berufungen und Beschwerden in Verkehrsunfallsachen gegen Entscheidungen der Amtsgerichte **Erlangen, Fürth, Neumarkt i.d.OPf., Neustadt a.d. Aisch** und **Schwabach**;
- 1.4 Versicherungssachen erster Instanz mit dem Anfangsbuchstaben

A;

- 1.5 Berufungen und Beschwerden in Versicherungssachen (einschließlich Kraftfahrtversicherungssachen) gegen Entscheidungen der Amtsgerichte **Erlangen, Hersbruck** und **Neumarkt i.d.OPf.**
- 1.6 Kraftfahrtversicherungssachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

A; K – Q.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG (wauRi) Dr. Rogler (3/4)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzer II

Beisitzer III

RiinLG
Zietsman
(1/2)

RiLG Pasch

RiLG Neufanger
(1/4)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 8. Zivilkammer

3. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bausachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.3 (**Anlage Z3**);
- 1.3 Maßnahmen nach §§ 100b, 100c StPO (§ 100e Abs. 2 StPO i.V.m. § 74a Abs. 4 GVG).

2 Besetzung

Vorsitz:

VizepräsLG Dr. Köhler (1/2)

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzerin II

RiLG
Lößel

RiinLG
Kneissl
(1/2)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 12. Zivilkammer

4. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Arzthaftungssachen mit den Anfangsbuchstaben

M - Z;

- 1.3 Verfahren, welche die Haftung im Zusammenhang mit der Herstellung, dem Vertrieb und der Begutachtung von chirurgisch invasiven Implantaten und deren Werkstoffen (z.B. Herzschrittmacher, Zahníimplantat, Hüft- oder Knieprothese) betreffen, sofern nicht zugleich Ansprüche gemäß Abschnitt A 2.5.5 geltend gemacht werden;
- 1.4 Sämtliche Fisksachen sowie Arztfisksachen mit den Anfangsbuchstaben

A - Z (ohne F, Ne, R);

- 1.5 Notarsachen;
- 1.6 Vergabesachen im Sinn des § 72a Abs. 1 Nr. 8 GVG
- 1.7 Vollstreckbarerklärung von Anwaltsvergleichen gemäß §§ 796b, 796a Abs. 1 ZPO, von ausländischen Entscheidungen und anderen ausländischen Schuldtiteln (insbesondere EU-VO 1215/2012);
- 1.8 Alle Entscheidungen in Verfahren, die zur Zuständigkeit einer Zivilkammer gehören und nicht durch die Geschäftsverteilung einer anderen Zivilkammer zugewiesen sind.

2 Besetzung

Vorsitz: VRiLG S. Rackelmann

Beisitzerin I und stv. Vorsitzende	Beisitzerin II	Beisitzerin III
---------------------------------------	----------------	-----------------

RiinLG Dr. K. Wagner (3/4)	RiLG Jahn (ab 04.01.2026: N.N.)	RiinLG von Schroeders
---	--	----------------------------------

Regelmäßige Vertreter:	die Mitglieder der 11. Zivilkammer
------------------------	------------------------------------

5. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

Berufungen und Beschwerden im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z2**).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiinLG Dr. Ebenhöch (1/4)**

Beisitzer I und stv. Vorsitzender	Beisitzerin II	Beisitzerin III
RiLG D. Wagner (1/8)	RiinLG Dr. Brons (1/4)	RiinLG Dr. Moser (1/4)

Regelmäßige Vertreter: **die Mitglieder der 15. Zivilkammer**

6. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen im Turnus gemäß Abschnitt A 3.4;
- 1.3 Erbsachen im Turnus gemäß Abschnitt A 3.5.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Zeißner (3/4)

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

Beisitzer III

RiLG
Jul. Fichtner

RiLG
Dr. Schöpf

RiLG
Blos (1/4)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 10. Zivilkammer

7. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Miet- und Pachtsachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben
U - Z;
- 1.3 Berufungen und Beschwerden in Miet- und Pachtsachen;
- 1.4 Zwangsvollstreckungsbeschwerden in Miet- und Pachtsachen, ungeachtet der Art des Vollstreckungstitels;
- 1.5 Beschwerden in Verfahren über die Erteilung eines Unschädlichkeitszeugnisses (Art. 73 Abs. 2 Satz 2 BayAGBGB);

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Dorr

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzer III

RiinLG
Zäch

RiinLG
Jud. Fichtner
(1/2)

RiLG
Rudolf
(1/4)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 14. Zivilkammer

8. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);

1.2 Verkehrsunfallsachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

F – G, I – J, L – O, Q, S;

1.3 Berufungen und Beschwerden in Verkehrsunfallsachen gegen Entscheidungen der Amtsgerichte **Hersbruck** und **Nürnberg**;

1.4 Versicherungssachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

B – D, F, G;

1.5 Berufungen und Beschwerden in Versicherungssachen (einschließlich Kraftfahrtversicherungssachen) gegen Entscheidungen der Amtsgerichte **Fürth**, **Neustadt a.d. Aisch**, und **Schwabach**.

1.6 Kraftfahrtversicherungssachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

B – J; R – Z;

1.7 Erbsachen im Turnus gemäß Abschnitt 3.5.

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiLG Rudy**

Beisitzer I und Beisitzerin II
stv. Vorsitzender

RiLG **RiinLG**
Dr. Rogoz **Gebhart (1/2)**

Regelmäßige Vertreter: **die Mitglieder der 2. Zivilkammer**

9. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bausachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.3 (**Anlage Z3**).

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Kreiselmeyer

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

Beisitzerin III

RiLG
Dr. T. Wagner
(19/20)

RiLG
Bauer
(3/4)

RiinLG
Schröder

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 17. Zivilkammer

10. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bank-, Finanz- und Kapitalanlagesachen im Turnus gemäß Abschnitt A 3.4;
- 1.3 Insolvenzsachen im Sinn des § 72a Abs. 1 Nr. 7 GVG.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Porzner

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzer III

**RiinLG
Dr. Rössler
(1/2)**

**RiinLG
Nicolai**

**Ri
Dobrowolski**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 6. Zivilkammer

11. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.3 (**Anlage Z1**);

1.2 Versicherungssachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

I – P, V – Z;

1.3 Berufungen und Beschwerden in Versicherungssachen gegen Entscheidungen des Amtsgerichts **Nürnberg**;

1.4 Arzthaftungssachen mit den Anfangsbuchstaben

A - L;

1.5 Arztfiskalsachen mit den Anfangsbuchstaben

F, Ne, R;

1.6 Pressesachen;

1.7 Beschwerden in Verfahren betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen;

1.8 Entscheidungen über Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts gemäß § 36 Abs. 1 ZPO, soweit nicht die Zuständigkeit der 13. Zivilkammer gegeben ist (vgl. dort Ziffer 1.7);

2 Besetzung

Vorsitz: VRiLG (wauRi) Wiemer (3/4)

Beisitzer I und Beisitzerin II Beisitzer III
stv. Vorsitzender

RiLG RiinLG RiLG
Pauly Greier Hübner
(3/4)

Regelmäßige Vertreter: die Mitglieder der 4. Zivilkammer

12. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bausachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.3 (**Anlage Z3**);
- 1.3 Notarkostenbeschwerden (§ 127 Abs. 1 GNotKG, § 156 Abs. 1 KostO);
- 1.4 Beschwerden nach § 15 Abs. 2 BNotO und nach § 54 BeurkG.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG (wauRi) Burmeier

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzerin III

RiinLG
Dr. Grunewald
(3/4)

RiinLG
Knetzger
(3/4)

RiinLG
Firsching
(1/2)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 1. Zivilkammer

13. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Kommunikations- und Informationstechnologiesachen;
- 1.3 Zwangsvollstreckungsbeschwerden, denen Unterhaltstitel zugrunde liegen;
- 1.4 Alle Beschwerden und sonstigen Sachen, bei denen die Zuständigkeit einer Zivilkammer des Landgerichts gegeben und bei denen sich das Verfahren nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) unmittelbar oder entsprechend bestimmt, soweit nicht ausdrücklich die Sonderzuständigkeit einer anderen Zivilkammer geregelt ist;
- 1.5 Beschwerden gegen Entscheidungen, die nach dem Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ergangen sind;
- 1.6 Verfahren nach dem Gesetz zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (ThUG);
- 1.7 Bestimmung des örtlich zuständigen Amtsgerichts in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Degenhart

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzerin III

Beisitzer IV

**RiinLG
Haering (1/2)**

**RiinLG
Strößner**

**RiinLG
Knoll
(1/4)**

**RiLG
Kulawig-
Rauenbusch
(1/4)**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 19. Zivilkammer

14. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Berufungen und Beschwerden in Wohnungseigentumssachen gemäß § 43 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 WEG sowie erst- und zweitinstanzliche Verfahren gemäß Abschnitt A 2.2, die auf Tätigkeiten der dort genannten Personen in Wohnungseigentumssachen gemäß § 43 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 WEG beruhen;
- 1.3 Miet- und Pachtsachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

A - T;

- 1.4 Fracht-, Speditions- und Lagersachen, soweit nicht die Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen gegeben ist.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Schönlau

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

Beisitzerin III

RiLG
Modschiedler

RiLG
Semmelmann
(1/4)

RiinLG
Dycke

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 7. Zivilkammer

15. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

Berufungen und Beschwerden im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z2**).

2 Besetzung

Vorsitz: **PräsLG Zwerger**

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

RiLG
Bauer
(1/4)

RiLG
B. Schmaus
(1/4)

Regelmäßige Vertreter: **die Mitglieder der 18. Zivilkammer**

16. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Verkehrsunfallsachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

D, T – Z.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Eckert

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

RiinLG
Födisch
(3/4)

RiinLG
Kroiß
(3/4)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 20. Zivilkammer

17. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Bausachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.3 (**Anlage Z3**);
- 1.3 Berufungen und Beschwerden in Bausachen.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Dr. Weber

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

**RiLG
Götz (19/20)**

**RiLG
Brandt**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 3. Zivilkammer

18. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

Berufungen und Beschwerden im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z2**).

2 Besetzung

Vorsitz: VRiLG Dr. Beckstein (Z)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzer III

RiinLG
Kraus
(1/4)

RiinLG
Dr. Feldmann
(1/4)

RiLG
Dr. Strelitz
(1/4)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 5. Zivilkammer

19. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 (**Anlage Z1**);
- 1.2 Gewerbliche Rechtsschutz- und Wettbewerbssachen;
- 1.3 Urheber- und Designsachen;
- 1.4 Verfahren nach dem UKlaG. Hiervon ausgenommen sind Streitigkeiten, in welchen die Klageansprüche auf § 8 Abs. 5 UWG gestützt werden.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Schroeter

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzerin III

RiinLG
Lux
(3/4)

RiinLG
Mieller
(3/4)

RiinLG
Bellmann
(3/4)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 13. Zivilkammer

20. Zivilkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Verfahren erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt A 3.2 der Jahresgeschäftsverteilung (Anlage Z1);
- 1.2 Verkehrsunfallsachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

E, H, K, P;

- 1.3 Versicherungssachen erster Instanz mit den Anfangsbuchstaben

E, H, Q – U.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Hähnel

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

RiinLG
Biberacher

RiinLG
Zabl

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 16. Zivilkammer

B Kammern für Handelssachen

1 Begriffsbestimmungen

1.1 Handelssachen im Sinne dieser Geschäftsverteilung sind Verfahren, die nach Maßgabe der §§ 95 ff. GVG vor die Kammern für Handelssachen gehören.

1.2 Allgemeine Handelssachen

Erfasst sind Handelssachen, die nicht unter eines der nachgenannten Sachgebiete fallen.

1.3 Bausachen

Erfasst sind Handelssachen, die das Sachgebiet gemäß Abschnitt A 2.5.3 betreffen.

1.4 Wettbewerbssachen

Erfasst sind Handelssachen, die das UWG betreffen, und hierauf zurückzuführende vertragliche Unterlassungsansprüche, Ansprüche aus Vergleich oder Zahlung einer Vertragsstrafe.

1.5 Kartell-, Kennzeichen- und Designsachen

Erfasst sind Handelssachen, die das Kartell-, Marken-, Geschmacksmuster- und Designrecht betreffen.

1.6 Gesellschaftsrechtssachen

Erfasst sind Verfahren, für die nach dem Aktien-, GmbH-, Genossenschafts-, SE-Ausführungs- oder Umwandlungsgesetz das Landgericht zuständig ist, sowie Verfahren, die die Anfechtung oder die Feststellung der Mangelhaftigkeit von organschaftlichen Beschlüssen bei Gesellschaften oder die Verhinderung der Beschlussfassung oder des Vollzugs von solchen Beschlüssen zum Gegenstand haben. Nicht erfasst sind Spruchverfahrenssachen.

1.7 Spruchverfahrenssachen

Erfasst sind Verfahren nach § 1 SpruchverfahrensG.

2 Verteilung der Verfahren

2.1 Arten der Verteilung

- 2.1.1 Die Verteilung der Geschäfte erfolgt nach speziellen Sachgebieten, Anfangsbuchstaben oder nach der Reihenfolge der Verfahrenseingänge in einer sich regelmäßig wiederholenden Weise (Turnus).
- 2.1.2 Abschnitt A 1, A 2.1, 2.3 und 2.4 gelten entsprechend.

2.2 Verteilung im Turnus

- 2.2.1 Neu eingehende allgemeine Handelssachen (HKO-, HKOH-, HKS- und HKT-Sachen) sowie Verfahren nach dem Spruchverfahrensgesetz werden, sofern nichts anderes bestimmt ist, in der Reihenfolge ihres Eingangs nach Maßgabe des in den Anlagen H1 und H2 festgelegten Systems in einer regelmäßig wiederkehrenden Weise auf die Kammern für Handelssachen verteilt.
- 2.2.2 Die Registratur ordnet werktags (außer Samstag) um 08:00 Uhr die bis 24:00 Uhr des Vortags im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs eingegangenen, für eine Zuteilung in einem Turnus in Betracht kommenden Neuzugänge getrennt nach den Verteilungsschemata in aufsteigender Reihenfolge nach dem (nach Stunden, Minuten und Sekunden) dokumentierten Zeitpunkt des Eingangs (Prüfvermerk). Ist ein Verfahren im Zeitpunkt des Eingangs nicht bearbeitungsfähig (z.B. bei nachgesendeten Passwörtern oder Akten bzw. technischen Störungen), ist der Zeitpunkt der Bearbeitungsfähigkeit maßgeblich, der gesondert zu dokumentieren ist.

Sind mehrere Neuzugänge zeitgleich (auch nach Sekunden) eingegangen, sind diese im Verhältnis zueinander in aufsteigender alphabetischer Reihenfolge zu ordnen. Maßgeblich ist der Anfangsbuchstabe des Namens der beklagten Partei. Bei Namensgleichheit ist auf

die Namen der weiteren Beklagten, danach auf den Namen der Klagepartei abzustellen. Abschnitt A 1 gilt entsprechend.

Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend auch für Neuzugänge in Papierform. Die Registratur ordnet werktags (außer Samstag) um 11:00 Uhr die bis zu diesem Zeitpunkt bei ihr eingegangenen, für eine Zuteilung in einem Turnus in Betracht kommenden Neuzugänge in Papierform entsprechend der Regelung in Absatz 2. Diese werden im unmittelbaren Anschluss an den letzten gemäß Absatz 1 zu berücksichtigenden Eingang im elektronischen Rechtsverkehr verteilt.

Entsprechend dieser Sortierung sind die Eingänge unter Berücksichtigung eines Bonus oder Malus mit einer fortlaufenden Ordnungsnummer, beginnend am 1. Januar mit der Nummer „1“, sowie in sich wiederholender und endloser Weise wiederbeginnend mit „1“, wenn die Nummern des jeweiligen Verteilungsschemas in einem vorangegangenen Durchlauf des Turnus bereits vergeben wurden, zu versehen, in einer Liste zu erfassen und nach ihrer Ordnungsnummer gemäß Anlagen H1 und H2 in dem jeweiligen Turnus für HKO-, HKOH-, HKS- und HKT-Sachen auf die Kammern für Handelssachen zu verteilen. Weitere Spruchverfahren gegen denselben/dieselben Antragsgegner gem. Abschnitt B 2.2.3 Punkt 7 Spiegelstrich 2 bleiben im Turnus (Anlage H2) unberücksichtigt.

Abweichend von Absatz 1 sind Arreste und einstweilige Verfügungen unverzüglich nach ihrem Eingang mit der nächsten Ordnungsnummer zu versehen und im Turnus zu verteilen. Dies gilt auch für Beschwerden, die solche Verfahren betreffen.

2.2.3 Im HKO-Turnus für allgemeine Handelssachen werden der betreffenden Kammer für Handelssachen auf die nächste Ordnungsnummer neu eingehende außerhalb dieses Turnus zu verteilende erst- und zweitinstanzliche Verfahren als Bonus angerechnet.

Erstinstanzliche Verfahren und Berufungen werden mit einem Wert von 1,0, Beschwerden und selbständige Beweisverfahren mit einem Wert von 0,3 berücksichtigt. Abweichend hiervon gelten folgende Gewichtungen:

- | | |
|--|-----|
| • Kartellsachen im Sinne von Tz. 1.5 | 4,0 |
| • Bausachen im Sinne von Tz. 1.3 | 2,0 |
| • Gesellschaftsrechtssachen im Sinne von Tz. 1.6 | 2,0 |
| • Designsachen im Sinne von Tz. 1.5, sofern es sich nicht um Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes handelt, | 2,0 |

- Wettbewerbs- und Kennzeichensachen, sofern es sich nicht um Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes handelt, 1,5
- Handelsvertretersachen nach §§ 89 – 92c HGB 1,5
- Verfahren nach dem Spruchverfahrensgesetz:
 - erstes Verfahren gegen den/die Antragsgegner 1,0
 - jedes weitere Verfahren gegen denselben/dieselben Antragsgegner, das nach Eingang des ersten Verfahrens eingeht und auf der gleichen Strukturmaßnahme nach dem Spruchverfahrensgesetz beruht. 0,25

Für den Wert eines Malus gelten diese Gewichtungen entsprechend.

2.2.4 Abschnitt A 3.7, 3.9, 3.11, 4.1 bis 4.9, 4.11, 4.12 gelten entsprechend.

2.2.5 Ist ein Verfahren außerhalb eines Turnus zugewiesen worden, obgleich es nach Auffassung der betroffenen Kammer turnusrelevant ist, legt sie die Sache der Registratur vor. Dort wird der Zeitpunkt (bei elektronischen Akten) bzw. Tag (bei Papierakten) der Rückgabe (Eingang bei der Registratur) vermerkt und das Verfahren im Anschluss an die in Tz. 2.21 bis 2.2.3 beschriebene Verteilung der Neuzugänge wie ein Neuzugang verteilt. Nach der Übernahme des Verfahrens, die der Registratur anzuzeigen ist, wird die zurückgebende Kammer zum Ausgleich bei der nächsten Ordnungsnummer im HKO-Turnus für allgemeine Handelssachen mit einem Malus belastet. Die Mehrfachzuweisung wird durch einen der Ordnungsnummer beigefügten Zusatz kenntlich gemacht (z.B.: 34/2; 34/3).

Entsprechend ist bei der internen Abgabe, auch zum Zwecke der Prozessverbindung, oder Verweisung einer Sache innerhalb des Landgerichts, an eine andere Kammer einschließlich der Zivilkammern zu verfahren.

Bleibt nach einer Prozesstrennung das abgetrennte Verfahren bei der Ausgangskammer, wird es auf den Turnus nicht angerechnet.

2.2.6 Bei einer begründeten Ablehnung eines Vorsitzenden einer Kammer für Handelssachen wird der Kammer für Handelssachen, deren Vorsitzender der regelmäßige Vertreter des abgelehnten Richters ist, auf die nächste Ordnungsnummer ein Verfahren im HKO-Turnus für allgemeine Handelssachen als Bonus angerechnet.

2.2.7 Werden Verfahren im Turnus fehlerhaft zugeteilt, bleiben die zwischenzeitlichen Zuteilungen unberührt. Versehentlich außerhalb eines Turnus zugeteilte Verfahren, die bei korrekter

Zuteilung turnusrelevant gewesen wären, lassen die zwischenzeitlichen Turnuszuteilungen ebenfalls unberührt.

3 Vertretung

- 3.1 Ist eine Vertretung durch die regelmäßigen Vertreter einschließlich der weiteren Vertreter nicht möglich, vertreten sich die Vorsitzenden der Kammern für Handelssachen in der Reihenfolge der Bezifferung der Kammern, beginnend mit der Kammer für Handelssachen, die der zu vertretenden Kammer in der Bezifferung folgt.
- 3.2 Ist die Vertretung eines Vorsitzenden der Kammern für Handelssachen auch durch die Vorsitzenden der übrigen Kammern für Handelssachen nicht möglich, vertreten die Vorsitzenden der Zivilkammern und danach in dieser Reihenfolge die Vorsitzenden der Strafkammern und der Jugendkammern, jeweils beginnend mit dem Dienstjüngsten; bei gleichem Dienstalter obliegt die Vertretung dem Lebensjüngeren. Der Gerichtsvorstand vertritt nicht.
- 3.3 Ist die Vertretung eines verhinderten Handelsrichters durch die übrigen Handelsrichter der Kammer nicht möglich, vertreten zunächst die Handelsrichter der 5. Kammer für Handelssachen, bei deren Verhinderung die Handelsrichter der übrigen Kammern für Handelssachen in der Reihenfolge der Bezifferung der Kammern, beginnend mit der Kammer, die der zu vertretenden in der Bezifferung folgt. Dabei ist der nach dem Alphabet erste, hilfsweise der lebensjüngste Handelsrichter zur Vertretung berufen. Abschnitt A 1.1 gilt entsprechend.

1. Kammer für Handelssachen

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Handelssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H1**);
- 1.2 Spruchverfahrenssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H2**);
- 1.3 Gesellschaftsrechtssachen mit den Anfangsbuchstaben

E - Q;

- 1.4 Entscheidungen in Verfahren, die zur Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen gehören und nach der Geschäftsverteilung keiner anderen Kammer zugewiesen sind.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Stumf

Handelsrichter:

Blokesch Claudia	Geyer Sabine
Bollmann Jörg	Schlag Jürgen
Dodenhöft Adolf	Milec Peter
Fackelmann Norbert	Stummvoll Stefanie Corinna

3 Vertretung

Vorsitzende Richterin am Landgericht Hammer

weiterer Vertreter:

Richter am Landgericht Mönchhof

2. Kammer für Handelssachen

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Handelssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H1**);
- 1.2 Spruchverfahrenssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H2**);
- 1.3 Gesellschaftsrechtssachen mit den Anfangsbuchstaben

S - Z.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Hammer (0,70)

Handelsrichter:

Dicks Georg	Stadelmann Michael
Heilmair Gregor	Schwanhäußer Sebastian
Lapidus Artur	Fischer Thomas
Dr. Lehrieder Nadine	Wanke Gerlinde

3 Vertretung

Vorsitzender Richter am Landgericht Stumf

weiterer Vertreter:

Richter am Landgericht Blos

3. Kammer für Handelssachen

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Handelssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H1**);
- 1.2 Wettbewerbssachen mit den Anfangsbuchstaben

A - K;

- 1.3 Bausachen mit den Anfangsbuchstaben

L - R, T - Z.

- 1.4 Gesellschaftsrechtssachen mit den Anfangsbuchstaben

D und R.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Dr. Beckstein

Handelsrichter:

Hofmann Frank	Städtler Marc
Kazem Tabrizi Alireza	Schindler Natalia
Partheimüller Michaela	Schmitt Martin
Naumann Thomas	Soldan Perry Mark

3 Vertretung

Vorsitzender Richter am Landgericht Kroier

weiterer Vertreter:

Richterin am Landgericht Schröder

4. Kammer für Handelssachen

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Handelssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H1**);
- 1.2 Kartell-, Kennzeichen- und Designsachen;
- 1.3 Wettbewerbssachen mit den Anfangsbuchstaben

L - Z.

- 1.4 Gesellschaftsrechtssachen mit den Anfangsbuchstaben

A - C.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Kroier

Handelsrichter:

Dr. Bloß Klemens	Sommer Thomas
Dr. Schraner Verena	Sparvoli-Frank Christine
Frey Julian	Späth Robert
Graf Vanessa	Streng Hannes

3 Vertretung

Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Beckstein

weiterer Vertreter:

Richter am Landgericht Kuprian

5. Kammer für Handelssachen

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Allgemeine Handelssachen im Turnus gemäß Abschnitt B 2.2 (**Anlage H1**);
- 1.2 Bausachen mit den Anfangsbuchstaben

A - K, S.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Mahler (1/2)

Handelsrichter:

Baumüller Andreas	Reibrich Jürgen
Dolmetsch Claudia	Schreyer Peter
Fuchs Michael	Sontowski Sven
Nayel Fadja Anna	Marx Vicki

3 Vertretung

Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Beckstein

weiterer Vertreter:

Richterin am Landgericht Kraus

C Güterichter

- 1 Jeder Zivilrechtsstreit kann ab Eingang der Klageerwiderung gemäß § 278 Abs. 5 ZPO in jeder Lage des Verfahrens an einen Güterichter vorübergehend zu dem Zweck abgegeben werden, eine – gegebenenfalls weitere – Güteverhandlung im Sinne des § 278 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5 Satz 1 ZPO auf freiwilliger Basis der Prozessbeteiligten vor einem nicht zur endgültigen Entscheidung befugten Richter durchzuführen. Wird das Verfahren während dieser Güteverhandlung bzw. des Güteverfahrens abschließend beendet, ist der Güterichter auch für den Streitwertbeschluss zuständig.

Eignet sich das Verfahren für eine interessenorientierte Konfliktbewältigung nicht, nimmt ein Prozessbeteiligter nicht freiwillig an einer solchen Güteverhandlung teil oder einigen sich die Parteien innerhalb eines oder mehrerer solcher Termine nicht, gibt der Güterichter das Verfahren zur weiteren Bearbeitung an den für die Entscheidung zuständigen Richter zurück.

- 2 Güterichter (§ 278 Abs. 5 ZPO) sind:

1. Richter am Landgericht Kayser
2. Richterin am Landgericht Knoll
3. Vorsitzender Richter am Landgericht Kroier
4. Richter am Landgericht Lößel
5. Richter am Landgericht Modschiedler
6. Richterin am Landgericht Nicolai
7. Vorsitzende Richterin am Landgericht Dr. Reim
8. Vorsitzender Richter am Landgericht Schönlau
9. Richterin am Landgericht Schröder
10. Richterin am Landgericht von Schroeders
11. Vorsitzender Richter am Landgericht als weiterer aufsichtsführender Richter Wiemer
12. Vorsitzender Richter am Landgericht Wiesinger-Kleinlein
13. Vorsitzende Richterin am Landgericht Zeißner
14. Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Eschenbacher

Der vom Oberlandesgericht Nürnberg teilabgeordnete Güterichter nimmt nur in jedem zweiten Durchlauf an der Verteilung der Verfahren teil. Die Vertretung erfolgt in einer Ringvertretung, bei der jeweils der in der Liste Nachfolgende vertritt.

- 3 Die bis 14:00 Uhr eines Werktags bei der Registratur für Gütesachen eingegangenen Verfahren werden in alphabetische Reihenfolge nach der beklagten Partei gebracht. Abschnitt A gilt entsprechend. Die Registratur versieht die Verfahren aufsteigend mit einer fortlaufenden Ordnungsnummer, beginnend mit „1“ am 1. Januar und die Reihenfolge des Vortages jeweils fortsetzend. Nach dieser Ordnungsnummer werden die Verfahren (jeweils eines) in obiger Reihenfolge auf die Güterichter verteilt.

Werden Verfahren zur Güteverhandlung abgegeben, für die ein Güterichter aus der abgebenden Kammer zuständig wäre, ist der nach Vertretungsregelung nächstberufene Güterichter unter Anrechnung auf den Turnus der Güterichter zuständig.

- 4 Steht ein Güterichter im Turnus für Verfahren, die an den Güterichter zugewiesen werden, etwa aufgrund Ausscheidens aus dem Gericht, Abordnung, Versetzung in den Ruhestand, Mutterschutzes oder Inanspruchnahme von Elternzeit nicht mehr zur Verfügung, werden die ihm bereits zugewiesenen, noch anhängigen und noch nicht abgetragenen Verfahren wie Neuzugänge auf die übrigen Güterichter verteilt.
- 5 Wird eine Güteverhandlung durchgeführt, wird das Verfahren der Zivilkammer, der der Güterichter angehört (bei Zugehörigkeit zu mehreren Zivilkammern: mit dem Schwergewicht seiner Arbeitskraft), auf die nächste Ordnungsnummer im Turnus für O-Sachen, falls die Kammer daran nicht teilnimmt im Turnus für S-Sachen bzw. bei Vorsitzenden einer Kammer für Handelssachen im HKO-Turnus für allgemeine Handelssachen, als Bonus mit einem Wert von 1,0 angerechnet. In diesem Fall meldet die Registratur für Gütesachen den Bonus nach Durchführung der Güteverhandlung der Registratur, die den Tag der Meldung und den Bonus in der für den entsprechenden Turnus geführten Liste vermerkt.

D Wiedergutmachungskammer

1 Aufgabenbereich

Alle Verfahren, die nach dem Gesetz der Wiedergutmachungskammer bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth zugewiesen sind.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Rudy (Z)

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzerin II

**RiLG
Dr. Rogoz
(Z)**

**RiinLG
Gebhart
(Z)**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 2. Zivilkammer

3 Vertretung

Die Vertretung erfolgt durch die Mitglieder der 2. Zivilkammer. Ist dies nicht möglich, vertreten die Mitglieder der übrigen Zivilkammern in aufsteigender Reihenfolge der Kammern, wobei die 1. Zivilkammer beginnt.

E Strafkammern

Die Verteilung der Geschäfte erfolgt nach speziellen Sachgebieten, Anfangsbuchstaben oder nach der Reihenfolge der Verfahrenseingänge in einer sich regelmäßig wiederholenden Weise (Turnus).

1 Verteilung nach Buchstaben

1.1 Für die Bestimmung des Namens des Angeschuldigten gilt Abschnitt A 1 entsprechend.

Richtet sich ein Verfahren gegen „Unbekannt“, so ist der Name des ersten Anzeigerstat-ters, hilfsweise des Hauptgeschädigten maßgeblich.

1.2 Richtet sich ein Strafverfahren gegen mehrere Beteiligte, so sind für die Bestimmung der Zuständigkeit folgende Grundsätze maßgebend:

1.2.1 Nach Erhebung der öffentlichen Klage ist der Anfangsbuchstabe des Namens desjenigen Angeschuldigten maßgebend, dem in der Anklageschrift die schwerste Deliktsart im Sinne des § 12 StGB zur Last gelegt wird. Bei gleicher Schwere der Straftaten kommt der Täter vor dem Anstifter, dieser vor dem Gehilfen. Im Übrigen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des dem Lebensalter nach jüngsten Angeschuldig-ten.

Bei ungeklärter Identität ist auf die Personalien abzustellen, unter denen der Angeschul-digte bei deutschen Behörden registriert ist.

1.2.2 Im Privatklageverfahren bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem Beschuldigten. Bei meh-reren ist auf den im Alphabet ersten Beschuldigten abzustellen. Der Name des Widerbe-klagten bleibt außer Betracht.

1.3 Im Beschwerdeverfahren bis zur Erhebung der öffentlichen Klage vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth, im Berufungsverfahren und in den Fällen des § 270 StPO sind die vorge-nannten Bestimmungen mit der Einschränkung anzuwenden, dass nur auf die am Rechts-mittelverfahren Beteiligten bzw. in dem Beschluss nach § 270 Abs. 2 StPO bezeichneten Beschuldigten abzustellen ist. Dies gilt auch, wenn ein Dritter Rechtsmittelführer ist.

2 Verteilung nach speziellen Sachgebieten

2.1 Eine spezielle Zuständigkeit geht der allgemeinen Zuständigkeit vor. Treffen mehrere Zuständigkeiten zusammen, so hat die Kammer zu entscheiden, deren spezielle Zuständigkeit den Vorrang hat (§ 74e GVG; § 41 JGG).

2.2 Begriffsbestimmungen:

2.2.1 Schwurgerichtssachen

Erfasst sind Strafsachen gemäß § 74 Abs. 2 GVG.

2.2.2 Wirtschaftsstrafsachen

Erfasst sind Strafsachen gemäß § 74c GVG.

2.2.3 Staatsschutzsachen

Erfasst sind Strafsachen gemäß § 74a Abs. 1 GVG.

2.2.4 Jugendstrafsachen

Erfasst sind Strafsachen, die den Jugendkammern zugewiesen sind.

2.2.5 Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen

Erfasst sind Strafsachen, in denen der Beschuldigte zumindest auch eines Delikts nach dem Betäubungsmittel-, Arzneimittel-, Neue-psychoaktive-Stoffe-, Anti-Doping-, Konsumcannabis- oder Medizinal-Cannabisgesetz beschuldigt wird, soweit nicht zugleich zumindest eine Korruptions- und Vermögensstrafsache im Gesundheitswesen gemäß Abschnitt E 2.2.7 Gegenstand des Verfahrens ist. Auf das Schwergewicht des Verfahrens kommt es im Übrigen nicht an.

2.2.6 Verkehrsstrafsachen

Erfasst sind:

- a) Vergehen gemäß §§ 142, 315, 315a-d, 316 StGB; §§ 21, 22, 22a StVG; § 6 PflVG;
- b) Vergehen gemäß § 323a StGB, falls sie sich auf die unter a) genannten Vergehen beziehen;
- c) Verbrechen der schweren Körperverletzung gemäß § 226 StGB; Vergehen der fahrlässigen Tötung gemäß § 222 StGB, der Körperverletzung gemäß §§ 223, 224, 229, 231 StGB, der Nötigung gemäß § 240 StGB und der Bedrohung gemäß § 241 StGB, wenn sie im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers begangen wurden.

2.2.7 Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen

- a) Erfasst sind, auch soweit sie Wirtschaftsstrafsachen sind, Straftaten des Betrugs gemäß § 263 StGB, des Computerbetrugs gemäß § 263a StGB, der Untreue gemäß § 266 StGB, der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr gemäß § 299 StGB, der Vorteilsannahme gemäß § 331 StGB, der Bestechlichkeit gemäß § 332 StGB, der Vorteilsgewährung gemäß § 333 StGB und der Bestechung gemäß § 334 StGB, die von Angehörigen eines akademischen oder nicht akademischen Heilberufs im Sinne des § 299a StGB, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert, begangen wurden und bei denen die Begehung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erbringung oder Abrechnung heilberuflicher Leistungen stand. Erfasst sind auch die vorgenannten Straftaten von Dritten, sofern diese in unmittelbarem Zusammenhang mit der Berufsausübung eines Angehörigen der akademischen oder nicht akademischen Heilberufe im vorbezeichneten Sinne stehen.
- b) Erfasst sind ferner Straftaten der Bestechlichkeit im Gesundheitswesen gemäß § 299a StGB und der Bestechung im Gesundheitswesen gemäß § 299b StGB.

Für die gerichtsinterne Einordnung als Korruptions- und Vermögensstrafsache im Gesundheitswesen kommt es auf den Schwerpunkt des Verfahrens nicht an.

3 Verteilung im Turnus

3.1 Allgemeine Turnusbestimmungen

- 3.1.1 Vor der Erfassung der nach Turnus zu verteilenden Verfahren sind die außerhalb der Turnusse zu verteilenden Verfahren (z.B. Staatsschutzsachen, Berufungen in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen, Berufungen gegen Urteile der Strafrichter in Devisen- und Steuerstrafsachen, Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte in Wirtschaftsstrafsachen und in Strafsachen wegen Korruptions- und Vermögensstraftaten im Gesundheitswesen) zuzuweisen und die hieraus ggf. resultierenden Boni in den zu den acht Turnuslisten zu führenden Boni/Mali-Listen zu vermerken.

Für die Festlegung der Reihenfolge der im Turnus zu verteilenden Verfahren gilt:

Von den eingegangenen Verfahren werden zunächst werktags (außer Freitag, Samstag und an allgemein dienstfreien Tagen) um 14:00 Uhr, freitags, am letzten Werktag (außer Samstag) eines Monats, am Faschingsdienstag und am 30. Dezember um 12:00 Uhr die im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs im EDV-System (Eingangskorb) als elektronische Dokumente bis 24:00 Uhr des Vortags bei der Registratur eingegangenen Verfahren in der Reihenfolge ihres Eingangs zugewiesen. Die Registratur ordnet hierfür die für eine Zuteilung im Turnus in Betracht kommenden Neuzugänge in aufsteigender Reihenfolge nach dem (nach Tag, Stunden, Minuten und Sekunden) dokumentierten Zeitpunkt des Eingangs (Prüfvermerk). Ist ein Verfahren im Zeitpunkt des Eingangs nicht bearbeitungsfähig (z.B. bei nachgesendeten Passwörtern oder Akten bzw. technischen Störungen), ist der Zeitpunkt der Bearbeitungsfähigkeit maßgeblich, der gesondert zu dokumentieren ist.

Sind mehrere Neueingänge zeitgleich (auch nach Sekunden) eingegangen, sind diese im Verhältnis zueinander nach ihren staatsanwaltschaftlichen Aktenzeichen aufsteigend zu sortieren, wobei zunächst auf den Jahrgang abzustellen ist. Ältere Jahrgänge werden vor jüngeren eingesortiert. Bei Verfahren aus dem gleichen Jahrgang wird die niedrigere fortlaufende Nummer i.S.d. § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AktO (ungeachtet der Dezernatsnummer) vor einer höheren eingeordnet. Bei gleichem Jahrgang und gleicher fortlaufender Nummer wird das Verfahren mit der niedrigeren Dezernatsnummer vor einer höheren eingesortiert.

Die auf diese Weise sortierten Verfahren werden getrennt nach den jeweiligen, der Geschäftsverteilung anliegenden Verteilungsschemata S1 bis S8 (allgemeine Strafverfahren erster Instanz, Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen erster Instanz,

Wirtschaftsstrafsachen erster Instanz, Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen erster Instanz, Schwurgerichtssachen, Berufungen gegen Urteile der Strafrichter, Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte und Berufungen gegen Urteile der Jugend- und Schöffengerichte) unter Berücksichtigung von Boni und Mali jeweils aufsteigend, beginnend mit „1“ am 1. Januar, sowie in sich wiederholender und endloser Weise wiederbeginnend mit „1“, wenn die Nummern des jeweiligen Verteilungsschemas in einem vorangegangenen Durchlauf des Turnus bereits vergeben wurden, mit Ordnungsnummern versehen. Die nummerierten Verfahren werden in den jeweiligen, der Geschäftsverteilung anliegenden Verteilungsschemata S1 bis S8 zugeordneten Turnuslisten erfasst und auf die in den Verteilungsschemata zugewiesenen Kammern in sich regelmäßig wiederholender Weise (endlos) verteilt.

Im Anschluss werden die werktags (außer Freitag, Samstag und an allgemein dienstfreien Tagen) bis 14:00 Uhr, freitags, am letzten Werktag (außer Samstag) eines Monats, am Faschingsdienstag und am 30. Dezember bis 12:00 Uhr, bei der Registratur in Papierform eingegangenen Verfahren nach den jeweiligen, der Geschäftsverteilung anliegenden Verteilungsschemata S1 bis S8 getrennt. Maßgebend ist stets der Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens bzw. der turnuserheblichen Informationen bei der Registratur. Eingänge nach 14:00 Uhr und freitags, am letzten Werktag (außer Samstag) eines Monats, am Faschingsdienstag und am 30. Dezember nach 12:00 Uhr nehmen an der Verteilung im Turnus am darauffolgenden Werktag teil.

Die in Papierform eingegangenen Verfahren werden innerhalb eines Stapels nach ihren staatsanwaltschaftlichen Aktenzeichen aufsteigend sortiert, wobei zunächst auf den Jahrgang abzustellen ist. Ältere Jahrgänge werden vor jüngeren einsortiert. Bei Verfahren aus dem gleichen Jahrgang wird die niedrigere fortlaufende Nummer i.S.d. § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AktO (ungeachtet der Dezernatsnummer) vor einer höheren eingeordnet. Bei gleichem Jahrgang und gleicher fortlaufender Nummer wird das Verfahren mit der niedrigeren Dezernatsnummer vor einer höheren einsortiert.

Die auf diese Weise sortierten Verfahren eines jeden Stapels werden im Anschluss an die Nummerierung der im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs im EDV-System eingegangenen Verfahren die jeweilige Nummerierung fortsetzend unter Berücksichtigung von Boni und Mali mit Ordnungsnummern versehen. Die nummerierten Verfahren werden in den jeweiligen, der Geschäftsverteilung anliegenden Verteilungsschemata S1 bis S8 zugeordneten Turnuslisten erfasst und nach ihrer Ordnungsnummer auf die in den der

Geschäftsverteilung anliegenden Verteilungsschemata zugewiesenen Kammern in sich regelmäßig wiederholender Weise (endlos) verteilt.

Der Bonus bedingt, dass die entsprechende Kammer nach Eingang der Mitteilung über den Bonus bei der Registratur mit einem Verfahren weniger, bei jedem Malus mit einem Verfahren mehr belastet wird, wenn die Kammer im Turnus wieder an der Reihe ist. Berücksichtigt werden nur „volle“ Boni, d.h. wenn der Bonus den Wert von 1,0 erreicht oder übersteigt. Nicht verbrauchte Boni werden bei den darauffolgenden Ordnungsnummern berücksichtigt. Mehrere Boni werden so weit berücksichtigt, wie die Kammer in diesem Turnus Verfahren erhalten hätte. Technisch wird beim Vorliegen eines Bonus die konkrete Ordnungsnummer für diese Kammer nicht vergeben, sondern lediglich die Anrechnung des Bonus vermerkt. Nicht verbrauchte Boni werden bei der nächsten Gelegenheit berücksichtigt. Mehrere Mali werden vollständig berücksichtigt, wenn die Kammer in dem betroffenen Turnus an der Reihe ist.

Wird eine Kammer aufgrund von Mali belastet, wird die konkrete Ordnungsnummer mit dem Buchstabenzusatz „a, b, c, …“ mehrfach vergeben.

- 3.1.2 Sämtliche Entscheidungen der Strafkammern oder des Präsidiums, die nach dieser Geschäftsverteilung einen Bonus oder Malus auslösen, sind der Registratur unverzüglich mitzuteilen, die diese in den zu den neun Turnuslisten zu führenden Boni/Mali-Listen vermerkt. Nicht aufgeehrte Boni und Mali einer Kammer in derselben Turnusliste werden vorab verrechnet und heben sich auf.
- 3.1.3 Werden Verfahren im Turnus fehlerhaft zugeteilt, bleiben diese und die zwischenzeitlichen Zuteilungen unberührt. Übersehene Boni und Mali werden mit einem entsprechenden Vermerk versehen und bei nächster Gelegenheit berücksichtigt. Versehentlich außerhalb eines Turnus zugeteilte Verfahren, die bei korrekter Zuteilung turnusrelevant gewesen wären, lassen die zwischenzeitlichen Turnuszuteilungen ebenfalls unberührt.

Werden nach Sachgebieten zu verteilende Verfahren versehentlich einer unrichtigen Kammer zugeordnet (irrige Annahme oder Verkennung einer Sachgebietszuständigkeit), richtet sich die spätere gerichtsinterne Abgabe – gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Mehrfachanrechnung – nach Tz. 3.1.2. Nachträgliche Abgaben sowie die Korrektur fehlbehandelter Einträge berühren die zwischenzeitlichen Turnuszuteilungen nicht. Korrekturen von Fehlbehandlungen werden in den Turnuslisten mit Datum vermerkt.

- 3.1.4 Ist ein unter Tz. 4.1 genanntes Verfahren versehentlich einer anderen Kammer zugeteilt worden oder gibt eine Kammer ein Verfahren gerichtsintern aus sonstigen Gründen an eine andere Kammer ab, so erhält im Zeitpunkt der Übernahme des Verfahrens die sich für zuständig erklärende Kammer einen Bonus, soweit eine Turnusrelevanz vorliegt. Tz. 3.2.3 und Tz. 3.3.3 gelten entsprechend.
- 3.1.5 Erachtet sich eine Kammer in einem Verfahren gerichtsintern für unzuständig (auch nach § 209 Abs. 1 und § 209a StPO) und fällt das Verfahren in einen Turnus (und ist deshalb an keine bestimmte Kammer abzugeben), so legt sie die Sache der Registratur vor. Dort wird der Zeitpunkt der Rückgabe vermerkt und die Sache wie ein Neuzugang verteilt.
- 3.1.6 Nach Übernahme eines Verfahrens durch eine andere Kammer werden etwaige bei der abgebenden Kammer bei Eingang der Sache vergebene Boni durch die Zuweisung von Mali in gleicher Höhe ausgeglichen. Falls die Sache ursprünglich in einem Turnus verteilt worden war, erhält die abgebende Kammer zudem in diesem Turnus einen Malus.
- 3.1.7 Verfahren nach Tz. 4.6 bis 4.8 sowie Verfahren zur Entscheidung über die vorbehaltene oder nachträgliche Sicherungsverwahrung werden auf den Turnus angerechnet (Bonus). Tz. 3.2.3 und Tz. 3.3.3 gelten entsprechend. Bei Zurückweisungen von Verfahren aus einem Zuständigkeitsbereich, für welchen die Kammer lediglich als Auffangkammer zuständig ist, wird der Bonus auf den Turnus angerechnet, an welchem die Auffangkammer mit dem größeren Anteil beteiligt ist. Ist die Jugendkammer II Auffangkammer für eine erinstanzliche Entscheidung der Jugendkammer I, wird das Verfahren einfach auf den Turnus für Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen erster Instanz zu Gunsten der 21. (gr.) Strafkammer angerechnet (Boni).
- 3.1.8 Abtrennungen innerhalb einer Kammer werden nicht auf den Turnus angerechnet. Das-selbe gilt, wenn das Beschwerdegericht das Hauptverfahren vor der Strafkammer eröffnet, die den Beschluss gemäß § 210 Abs. 2 StPO erlassen hat.

3.2 Erinstanzliche Verfahren

- 3.2.1 Soweit keine spezielle Zuständigkeit nach dem GVG (Schwurgericht, Staatsschutzkammer, Jugend- oder Wirtschaftsstrafkammer) oder dieser Geschäftsverteilung besteht, werden die neu eingehenden Verfahren nach einem Turnus für allgemeine Strafverfahren (Anlage S1) und einem Turnus für Verfahren in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen (Anlage S2) verteilt. Die Zuweisung neu eingehender Wirtschaftsstrafsachen erfolgt im Turnus

für Wirtschaftsstrafsachen (Anlage S3), die Zuweisung erstinstanzlicher Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen im entsprechenden Turnus (Anlage S4) und die Zuweisung neu eingehender Schwurgerichtssachen (Strafsachen gemäß § 74 Abs. 2 GVG sowie Sicherungsverfahren bei einer Tat gemäß § 74 Abs. 2 GVG) im Turnus für Schwurgerichtssachen (Anlage S5).

- 3.2.2 Verfahren, die nach § 209 Abs. 2 StPO und § 225a Abs. 1 StPO von einem Amtsgericht dem Landgericht vorgelegt oder nach § 270 Abs. 1 StPO von einem Amtsgericht an das Landgericht verwiesen werden, werden gemäß Tz. 3.2.1 im Turnus verteilt. Tz. 4.1 und Tz. 4.2 gelten entsprechend. Übernimmt die entsprechende Kammer das vorgelegte Verfahren nicht, gilt Tz. 3.1.6 entsprechend.
- 3.2.3 Erstinstanzliche Wirtschaftsstrafsachen sowie erstinstanzliche Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen werden vierfach auf den Turnus für allgemeine Strafverfahren angerechnet (Boni). Der 1. Strafkammer zugewiesene Staatsschutzsachen werden dieser Kammer je einfach, der 19. Strafkammer zugewiesene Schwurgerichtssachen werden der 7. Strafkammer je zweifach auf die Turnusse für allgemeine Strafverfahren und für Betäubungsmittel und Arzneimittelsachen angerechnet (Boni). Der 1., 7., 20. und 21. Strafkammer zugewiesenen Betäubungsmittel- und Arzneimittelsachen werden diesen Kammern einfach auf den Turnus für allgemeine Strafverfahren angerechnet (Boni).
- 3.2.4 In den Fällen von Tz. 4.1 erhält die Kammer einen Bonus, wenn zumindest ein bisher nicht Angeklagter durch die neue Sache hinzukommt. Der Bonus ist in dem Turnus bzw. in den Turnussen anzurechnen, in dem das neu eingegangene Verfahren ohne den Sachzusammenhang zu erfassen wäre, hilfsweise im Turnus für allgemeine Strafverfahren (Anlage S1) bzw. im Turnus für Verfahren in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen (Anlage S2). Tz. 3.2.3 gilt entsprechend.

3.3 Zweitinstanzliche Verfahren

- 3.3.1 Soweit keine spezielle Zuständigkeit nach dem GVG oder dieser Geschäftsverteilung besteht, werden die neu eingehenden Verfahren nach einem Turnus für Berufungen gegen Urteile der Strafrichter (Anlage S6), einem Turnus für Berufungen gegen Urteile der Schöfengerichte (Anlage S7) und einem Turnus für Berufungen gegen Urteile der Jugendschöfengerichte (Anlage S8) verteilt.

- 3.3.2 Mehrere, nicht gemeinsam eingehende Berufungen von Angeklagten oder gegen Angeklagte, die in einem Urteil des Amtsgerichts verurteilt sind, werden der Strafkammer ohne Anrechnung auf den Turnus zugewiesen, der die früheste Berufung zugeteilt ist.
- 3.3.3 Berufungen in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen werden einfach je nachdem, ob es sich um eine Strafrichter- oder Schöffensache handelt, auf den entsprechenden Turnus angerechnet (Boni). Berufungen in Steuer- und Devisensachen gegen Urteile der Strafrichter werden dreifach auf den Turnus der Berufungen gegen Urteile der Strafrichter angerechnet (Boni). Bei Eingang einer Berufung gegen ein Urteil der Strafrichter in sonstigen Wirtschaftsstrafsachen erhält die zuständige Kammer zusätzlich zwei Boni im Turnus für Berufungen gegen Urteile der Strafrichter.
- 3.3.4 Verfügt eine Kammer im Zeitpunkt der Zuweisung einer Schöffensache über zwei Boni im Turnus für Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte, so wird dieser Kammer die neue Schöffensache zweifach auf den Turnus für Berufungen gegen Urteile der Strafrichter angerechnet.
- 3.3.5 In den Fällen von Tz. 4.1 erhält die Kammer je nachdem, ob es sich um eine Strafrichter- oder Schöffensache handelt, einen Bonus im entsprechenden Turnus (Anlage S6 bzw. S7). Tz. 3.3.3 gilt entsprechend.

4 Allgemeine Bestimmungen

- 4.1 Eine Kammer ist vorbehaltlich der zwingenden Vorschriften des GVG und der StPO für neu eingehende Strafverfahren zuständig, wenn zumindest gegen einen der Angeschuldigten des neuen Strafverfahrens in der Kammer bereits ein Strafverfahren anhängig (vgl. § 6 der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)) ist.
- 4.2 Eine Kammer bleibt – ohne eine etwaige Anrechnung auf den Turnus – vorbehaltlich der zwingenden Vorschriften des GVG und der StPO für zunächst zurückgenommene und wieder erhobene Anklagen bei identischem staatsanwaltschaftlichem Ursprungsaktenzeichen zuständig.
- 4.3 Die durch den Eingang der öffentlichen Klage begründete Zuständigkeit bleibt – soweit gesetzlich zulässig – auch dann bestehen, wenn

- sich nachträglich der Name des Angeschuldigten ändert (z.B. durch Heirat oder auf andere Weise), oder – bei ungeklärter Identität – sich nachträglich die wahre Identität des Angeschuldigten herausstellt,
- nachträglich gegen weitere Tatbeteiligte, gegen Hehler oder Begünstigte Anklage erhoben wird,
- das Verfahren sich in der Folge nicht mehr gegen alle ursprünglich daran Beteiligten richtet,
- das Verfahren nicht mehr alle ursprünglich angeklagten Straftaten oder nicht mehr alle Straftaten, wegen welcher das Hauptverfahren eröffnet wurde, zum Gegenstand hat oder in Teilabschnitten eröffnet oder verhandelt wird,
- das Verfahren nachträglich weitere Straftaten gegen dieselben Tatbeteiligten zum Gegenstand hat, die im Wege der Verbindung (§§ 2, 3, 4, 13 Abs. 2, 237 StPO) oder durch Beschluss nach § 266 Abs. 1 StPO einbezogen worden sind.

Entsprechendes gilt bei Verfahren zweiter Instanz für die durch Vorlage des Rechtsmittels (§§ 306 Abs. 2, 321 StPO) begründete Zuständigkeit, selbst wenn in demselben Verfahren nachträglich von einem weiteren Beteiligten ein Rechtsmittel eingelegt wird.

Die im Vorverfahren – einschließlich der dazugehörenden Rechtsmittelverfahren – begründete Zuständigkeit ist jedoch für die Zuständigkeit des Hauptverfahrens ohne Einfluss.

- 4.4 Anträge zur Bestellung eines Pflichtverteidigers, eines Rechtsanwalts als Beistand eines Nebenklägers oder eines nebenklageberechtigten Verletzten, zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe für einen Nebenkläger oder einen nebenklageberechtigten Verletzten gemäß §§ 395, 397a, 406f und 406g StPO ohne anhängiges Verfahren und Verfahren nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) außerhalb eines anhängigen oder anhängig gewesenen Verfahrens werden entsprechend den Regelungen für Beschwerdeverfahren verteilt.
- 4.5 Für Sicherungsverfahren nach §§ 413 ff. StPO ist die Kammer zuständig, die bei Schuld- und Verhandlungsunfähigkeit des Beschuldigten für das subjektive Strafverfahren zuständig wäre.
- 4.6 Soweit nach den gesetzlichen Vorschriften eine besondere Strafkammer (Schwurgericht, Staatsschutz-, Jugend- oder Wirtschaftsstrafkammer) für das subjektive Strafverfahren zuständig wäre, entscheidet sie im selbständigen Einziehungsverfahren nach den

§§ 435, 436 StPO. Ist eine solche besondere Zuständigkeit nicht gegeben, wird das Verfahren unter Anrechnung auf den Turnus als erstinstanzliches allgemeines Strafverfahren im Turnus verteilt.

4.7 Zurückverweisungen

4.7.1 In Verfahren, in denen eine Entscheidung **des Landgerichts Nürnberg-Fürth** gemäß § 354 Abs. 2 StPO oder § 210 Abs. 3 StPO aufgehoben und die Sache ohne Bezeichnung einer bestimmten Kammer an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen bzw. das Hauptverfahren vor einer anderen Strafkammer des Landgerichts eröffnet wurde, ist zuständig bei Aufhebungen von Entscheidungen der

1. Strafkammer die	7. Strafkammer, danach die	20. Strafkammer
2. Strafkammer die	13. Strafkammer, danach die	16. Strafkammer
3. Strafkammer die	18. Strafkammer, danach die	12. Strafkammer
4. Strafkammer die	11. Strafkammer, danach die	15. Strafkammer
5. Strafkammer die	19. Strafkammer, danach die	16. Strafkammer
6. Strafkammer die	4. Strafkammer, danach die	22. Strafkammer
7. Strafkammer die	1. Strafkammer, danach die	21. Strafkammer
8. Strafkammer die	15. Strafkammer, danach die	6. Strafkammer
10. Strafkammer die	8. Strafkammer, danach die	4. Strafkammer
11. Strafkammer die	14. Strafkammer, danach die	8. Strafkammer
12. Strafkammer die	18. Strafkammer, danach die	3. Strafkammer
13. Strafkammer die	16. Strafkammer, danach die	17. Strafkammer
14. Strafkammer die	6. Strafkammer, danach die	11. Strafkammer
15. Strafkammer die	22. Strafkammer, danach die	14. Strafkammer
16. Strafkammer die	2. Strafkammer, danach die	13. Strafkammer
17. Strafkammer die	16. Strafkammer, danach die	13. Strafkammer
18. Strafkammer die	12. Strafkammer, danach die	3. Strafkammer
19. Strafkammer die	5. Strafkammer, danach die	2. Strafkammer
20. Strafkammer die	21. Strafkammer, danach die	1. Strafkammer
21. Strafkammer die	20. Strafkammer, danach die	7. Strafkammer
22. Strafkammer die	15. Strafkammer, danach die	6. Strafkammer
Jugendkammer I die	Jugendkammer II, danach die	Jugendkammer IV
Jugendkammer II die	Jugendkammer I, danach die	Jugendkammer IV
Jugendkammer III die	Jugendkammer IV, danach die	Jugendkammer I
Jugendkammer IV die	Jugendkammer I, danach die	Jugendkammer II

Bei Aufhebung einer Entscheidung der 1. Strafkammer als Staatsschutzkammer ist die 12. Strafkammer und danach die 16. Strafkammer als Staatsschutzkammer zuständig.

Bei Aufhebung einer Entscheidung einer großen Jugendkammer und Zurückverweisung der Sache an eine allgemeine Strafkammer ist in Schwurgerichtssachen die 5. Strafkammer, in den übrigen Fällen die 7. Strafkammer zuständig.

Die Auffangkammer wird gegebenenfalls als besonderer, gesetzlich vorgeschriebener Spruchkörper (§§ 74 bis 74c GVG) tätig.

Im Falle einer weiteren Aufhebung und Zurückverweisung ist die Kammer zuständig, die in ihrer Bezifferung der Kammer folgt, die die erste Entscheidung getroffen hat, andernfalls die Kammer, die in ihrer Bezifferung der Kammer folgt, die die zweite Entscheidung getroffen hat. Große Strafkammern (einschließlich der großen Jugendkammern) einerseits und kleinen Strafkammern andererseits sind dabei getrennt zu behandeln. Maßgeblich für die Reihenfolge der Kammern ist ihre Nennung bei der Darstellung des Aufgabenbereichs in dieser Geschäftsverteilung. Die 3. und 9. Strafkammer sowie die Jugendkammern II, III und IV bleiben unberücksichtigt. Im Falle einer weiteren Aufhebung und Zurückverweisung ist, wenn eine Jugendkammer die erste Entscheidung getroffen hat, die 1. Strafkammer zuständig.

- 4.7.2 In Verfahren, die nach § 354 Abs. 2 StPO oder § 210 Abs. 3 StPO an eine Kammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth **als anderes bzw. benachbartes Gericht** zurückverwiesen wurden, sowie in Wiederaufnahmeverfahren entscheidet diejenige Kammer, die zuständig wäre, wenn für das Verfahren von vornherein das Landgericht Nürnberg-Fürth zuständig gewesen wäre.
- 4.8 Die für Wiederaufnahmeverfahren in Staatsschutzsachen zuständige Strafkammer wird durch Beschluss des Präsidiums des Oberlandesgerichts Nürnberg bestimmt (§ 140a Abs. 2 GVG).
- 4.9 Die Eröffnung des Hauptverfahrens durch das Beschwerdegericht vor der Strafkammer, die die Eröffnung abgelehnt hat, ist kein turnusrelevanter Vorgang.
- 4.10 Für Anträge gemäß § 467a Abs. 1 Satz 1 StPO und nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (vgl. § 9 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 StrEG) ist die Strafkammer zuständig, bei der die zurückgenommene öffentliche Klage anhängig war.

5 Besetzung der Strafkammern

- 5.1 Die Besetzung der Strafkammern richtet sich nach § 76 GVG.
- 5.2 Im Falle des § 76 Abs. 6 GVG ist als zweiter Richter der regelmäßige Vertreter des Vorsitzenden heranzuziehen, bei dessen Verhinderung der nächste nach dieser Geschäftsverteilung berufene Vertreter.

1. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Staatsschutzsachen (einschließlich Beschwerden);
- 1.2 Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S2**);
- 1.3 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.4 Beschwerden in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen mit ungerader Endziffer des staatsanwaltschaftlichen Js-Aktenzeichens (ohne Jahresangabe);
- 1.5 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben

U - Z.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Zuber

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

RiLG
Dr. Strelitz
(3/4)

Ri
Grillenberger

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 7. Strafkammer

2. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.2 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit dem Anfangsbuchstaben

S.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Werner

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

**RiLG
Neufanger
(3/4)**

**Ri
Mayer**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 16. Strafkammer

3. Strafkammer

(zugleich Wirtschaftsstrafkammer)

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Wirtschaftsstrafsachen erster Instanz (Bestand);
- 1.2 Als **Kammer für Bußgeldsachen** im Sinne von § 46 Abs. 7 OWiG:

Alle Entscheidungen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, soweit nicht die Jugendkammer zuständig ist.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Werner (Z)

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

**RiLG
Neufanger
(Z)**

**Ri
Mayer
(Z)**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 12. Strafkammer

4. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiLG Dunavs (3/4)**

Regelmäßiger Vertreter: **RiLG Rudolf (Z)**

5. Strafkammer

(zugleich Schwurgericht)

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Schwurgerichtssachen im Turnus gemäß Abschnitt E. 3.2.1 (**Anlage S5**);
- 1.2 Beschwerden in Schwurgerichtssachen;
- 1.3 Beschwerden in Verkehrsstrafsachen.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Dr. Bader

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzerin II

Beisitzerin III

Beisitzer IV

RiLG
D. Wagner
(3/4)

RiinLG
Dr. Brons
(1/2)

RiinLG
Dr. Moser
(1/2)

RiLG
Dr. T. Wagner
(1/20)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 19. Strafkammer

6. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**);
- 1.3 Berufungen in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Dr. Kretschmar

Regelmäßige Vertreterin:

RiinLG PüscheL (Z)

7. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S2**);
- 1.2 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.3 Beschwerden in Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen mit gerader Endziffer des staatsanwaltschaftlichen Aktenzeichens (ohne Jahresangabe);
- 1.4 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben

C - E;

- 1.5 Alle Entscheidungen in Straf- und Ermittlungsverfahren, die nicht durch die Geschäftsverteilung einer anderen Strafkammer zugewiesen sind.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Zaar (3/4)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

**RiinLG
Püschel
(3/4)**

**RiinLG
Kraus
(1/2)**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 1. Strafkammer

8. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**).

2 Besetzung

Vorsitz: VRiinLG Dr. Ebenhöch (3/4)

Regelmäßige Vertreterin: RiinLG Biberacher(Z)

9. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte, durch welche ein Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens oder Erlass eines Strafbefehls abgelehnt oder das Privatklageverfahren gemäß § 383 Abs. 2 StPO eingestellt wurde, sowie die damit zusammenhängenden Entscheidungen über Haft oder einstweilige Unterbringung und Zulassung als Nebenkläger (ausgenommen sind Verfahren, die durch Gesetz oder diese Geschäftsverteilung einer anderen Kammer zugewiesen sind);
- 1.2 Entscheidungen nach § 77 Abs. 3 Satz 2 GVG.

2 Besetzung

Vorsitz:

PräsLG Zwerger

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzer II

Beisitzerin III

RiLG
B. Schmaus
(Z)

RiLG
Modschiedler
(Z)

RiinLG
Greier
(Z)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 3. Strafkammer

10. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile des Strafrichters gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiinLG Gerdes (1/2)**

Regelmäßige Vertreterin: **RiinLG Knoll (Z)**

11. (kleine) Strafkammer

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**);
- 1.3 Als **kleine Wirtschaftsstrafkammer**:
 - 1.3.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter in Devisen- und Steuerstrafsachen;
 - 1.3.2 Erneut zurückverwiesene Berufungsverfahren gegen Urteile der Schöffengerichte in Wirtschaftsstrafsachen (diese Regelung hat Vorrang vor den Bestimmungen in Abschnitt E 4.7).

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG M. Müller

Regelmäßiger Vertreter:

RiLG Dr. Strelitz (Z)

12. Strafkammer

(zugleich Wirtschaftsstrafkammer)

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.2 Wirtschaftsstrafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S3**);
- 1.3 Erstinstanzliche Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S4**);
- 1.4 Beschwerden in Wirtschaftsstrafsachen sowie in Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen mit gerader Endziffer des staatsanwaltschaftlichen Js-Aktenzeichens, hilfsweise des Aktenzeichens der Bußgeld- und Strafsachenstelle (jeweils ohne Jahresangabe). In Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen umfasst die Zuständigkeit auch Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte, durch welche ein Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens oder Erlass eines Strafbefehls abgelehnt oder das Privatklageverfahren gemäß § 383 Abs. 2 StPO eingestellt wurde, sowie die damit zusammenhängenden Entscheidungen über Haft oder einstweilige Unterbringung und Zulassung als Nebenkläger; erfasst sind außerdem Beschwerden in sonstigen Strafsachen, in denen die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen die Verfolgungsbehörde ist.
- 1.5 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben
B, L;

- 1.6 Als **kleine Wirtschaftsstrafkammer**:

Berufungsverfahren gegen Urteile der Schöffengerichte in Wirtschaftsstrafsachen, so weit keine Zuständigkeit der 18. Strafkammer begründet ist (dort Ziffer 1.4);

Zurückverwiesene Berufungsverfahren gegen Urteile der Schöffengerichte in Strafsachen wegen Korruptions- und Vermögensstrafdelikten im Gesundheitswesen.

2 Besetzung

Vorsitz:	<u>VRiLG Dr. Leppich</u>
Beisitzer I und stv. Vorsitzender	Beisitzerin II
RiLG Blos (3/4)	RiinLG J. Müller

3 Vertretung

Regelmäßige Vertreter sind die Mitglieder der 18. Strafkammer. Ist die Zuziehung eines Vertreters für die Durchführung einer Hauptverhandlung erforderlich und sind die regelmäßigen Vertreter verhindert, sind die unter Abschnitt H benannten Richter entsprechend der dortigen Regelung in Tz. 2 zur Vertretung berufen. Im Übrigen bleibt es bei der kammerübergreifenden Vertretungsregelung in Abschnitt G.

13. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);

- 1.2 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben
F – J, T;

- 1.4 Entscheidungen gemäß §§ 111p Abs. 5, 161a Abs. 3, 163a Abs. 3 StPO.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Schuller

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

**RiinLG
Knoll
(3/4)**

**Riin
Hengl**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 2. Strafkammer

14. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöppengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiLG Pelzl**

Regelmäßiger Vertreter: **RiLG Brandt (Z)**

15. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiLG Schmidt (3/4)**

Regelmäßiger Vertreter: **RiLG Kulawig-Rauenbusch (Z)**

16. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.2 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben

K, M.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Dr. Reim (3/4)

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzerin II

**RiLG
Semmelmann
(3/4)**

**Riin
Brand**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 13. Strafkammer

17. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Strafsachen erster Instanz (Bestand);
- 1.2 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben
N, Q und R.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG Eckert (Z)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

RiinLG
Födisch
(Z)

RiinLG
Schröder
(Z)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 16. Strafkammer

18. Strafkammer

(zugleich Wirtschaftsstrafkammer)

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.2 Wirtschaftsstrafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S3**);
- 1.3 Erstinstanzliche Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S4**)
- 1.4 Als **kleine Strafkammer** (zugleich **kleine Wirtschaftsstrafkammer**):

Zurückverwiesene Berufungsverfahren gegen Urteile der Schöffengerichte in Wirtschaftsstrafsachen;

Berufungsverfahren gegen Urteile der Schöffengerichte in Strafsachen wegen Korruptions- und Vermögensstrafdelikten im Gesundheitswesen;

- 1.5 Beschwerden in Wirtschaftsstrafsachen sowie in Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen mit ungerader Endziffer des staatsanwaltschaftlichen Js-Aktenzeichens, hilfsweise des Aktenzeichens der Bußgeld- und Strafsachenstelle (jeweils ohne Jahresangabe); in Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen umfasst die Zuständigkeit auch Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte, durch welche ein Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens oder Erlass eines Strafbefehls abgelehnt oder das Privatklageverfahren gemäß § 383 Abs. 2 StPO eingestellt wurde, sowie die damit zusammenhängenden Entscheidungen über Haft oder einstweilige Unterbringung und Zulassung als Nebenkläger; erfasst sind außerdem Beschwerden in sonstigen Strafsachen, in denen die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen die Verfolgungsbehörde ist.
- 1.6 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit dem Anfangsbuchstaben

A:

- 1.7 Kammer für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtenarten.

2 Besetzung

Vorsitz:	VRiLG Sello
Beisitzer I und stv. Vorsitzender	Beisitzer II
RiLG Kulawig- Rauenbusch (3/4)	RiLG Kuprian

3 Vertretung

Regelmäßige Vertreter sind die Mitglieder der 12. Strafkammer. Ist die Zuziehung eines Vertreters für die Durchführung einer Hauptverhandlung erforderlich und sind die regelmäßigen Vertreter verhindert, sind die unter Abschnitt H benannten Richter entsprechend der dortigen Regelung in Tz. 2 zur Vertretung berufen. Im Übrigen bleibt es bei der kammerübergreifenden Vertretungsregelung in Abschnitt G.

4 Ehrenamtliche Beisitzer

Die ehrenamtlichen Beisitzer der Kammer für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtenarten und die Reihenfolge, in der sie zu den Sitzungen heranzuziehen sind, ergeben sich aus der entsprechenden Verfügung des Präsidenten des Landgerichts.

19. Strafkammer

(zugleich Schwurgericht)

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Schwurgerichtssachen im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S5**);
- 1.2 Beschwerden gegen Überwachungsmaßnahmen gemäß §§ 148, 148a Abs. 1 StPO.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Zaar (1/4)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

Beisitzer III

**RiinLG
Püschel
(1/4)**

**RiinLG
Kraus
(1/4)**

**RiLG
Götz
(1/20)**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 5. Strafkammer

20. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S2**).
- 1.2 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**);
- 1.3 Beschwerden in allgemeinen Strafsachen mit den Anfangsbuchstaben

O, P.

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Wiesinger-Kleinlein (1/2)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

**RiinLG
Dr. Übler
(1/2)**

**RiinLG
Wiesen
(3/4)**

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 21. Strafkammer

21. Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S2**);
- 1.2 Strafsachen erster Instanz im Turnus gemäß Abschnitt E 3.2.1 (**Anlage S1**).

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG (wauRiin) Uehlein (7/12)

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

RiinLG
Jakob
(7/12)

RiinLG
Kehrer
(1/3)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der 20. Strafkammer

22. (kleine) Strafkammer

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Strafrichter gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S6**);
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S7**).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiinLG G. Rackelmann (1/2)**

Regelmäßige Vertreterin: **RiinLG Greier (Z)**

Jugendkammer I

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Jugendstrafsachen erster Instanz;
- 1.2 Berufungen gegen Urteile der Jugendschöfengerichte im Turnus gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S8**).
- 1.3 Beschwerden in Jugendstrafsachen mit den Endziffern 0 und 1 des staatsanwaltschaftlichen Js-Aktenzeichens, hilfsweise des amtsgerichtlichen Aktenzeichens (jeweils ohne Jahresangabe).

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiLG Fischer

Beisitzer I und
stv. Vorsitzender

Beisitzerin II

RiLG
Rudolf
(3/4)

RiinLG
Dr. Feldmann
(3/4)

3 Vertretung

Regelmäßige Vertreter sind die Mitglieder der Jugendkammer II. Ist die Zuziehung eines Vertreters für die Durchführung einer Hauptverhandlung erforderlich und sind die regelmäßigen Vertreter verhindert, sind die unter Abschnitt H benannten Richter entsprechend der dortigen Regelung in Tz. 2 zur Vertretung berufen. Im Übrigen bleibt es bei der kammerübergreifenden Vertretungsregelung in Abschnitt G.

Jugendkammer II

1 Aufgabenbereich

- 1.1 Berufungen gegen Urteile der Jugendschöffengerichte im Turnus gemäß Abschnitt E 3.3.1 (**Anlage S8**);
 - 1.2 Beschwerden in Jugendstrafsachen mit den Endziffern 2-9 des staatsanwaltschaftlichen Js-Aktenzeichens, hilfsweise des amtsgerichtlichen Aktenzeichens (jeweils ohne Jahresangabe).

2 Besetzung

Vorsitz:

VRiinLG (wauRiin) Uehlein (1/6)

Beisitzerin I und stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

RiinLG

Jakob

(1/6)

RiinLG
Kehrer
(1/6)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der Jugendkammer I

Jugendkammer III

1 Aufgabenbereich

Berufungen gegen Urteile der Jugendrichter.

2 Besetzung

Vorsitz: VRiLG Dunavs (1/4)

Regelmäßiger Vertreter: RiLG Rudolf (Z)

Jugendkammer IV

1 Aufgabenbereich

Beschwerden in Jugendstrafsachen (Bestand).

2 Besetzung

Vorsitz: **VRiinLG Eckert (Z)**

Beisitzerin I und
stv. Vorsitzende

Beisitzerin II

RiinLG
Födisch
(Z)

RiinLG
Schröder
(Z)

Regelmäßige Vertreter:

die Mitglieder der Jugendkammer I

F Strafvollstreckungskammer

1 Aufgabenbereich

Entscheidungen, für die gemäß § 78a GVG die Strafvollstreckungskammer zuständig ist, soweit nicht kraft Gesetzes die Zuständigkeit der Jugendkammer gegeben ist (§ 83 JGG).

2 Besetzung

Vorsitz: VRiLG Wiesinger-Kleinlein (1/4)

Beisitzerin I und stv. Vorsitzende	Beisitzerin II	Beisitzerin III	Beisitzerin IV
RiinLG von Rauffer (1/2)	RiinLG Jakob (1/4)	RiinLG Kehrer (1/4)	RiinLG Thurner (1/2)

3 Vertretung

Die Vertretung erfolgt durch die Mitglieder der 12. Strafkammer. Ist dies nicht möglich, vertreten jeweils in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Strafkammern, beginnend mit der 1. Strafkammer, danach die Mitglieder der Jugendkammern, beginnend mit der Jugendkammer I, und schließlich die Mitglieder der Zivilkammern, beginnend mit der 1. Zivilkammer. Die Wiedergutmachungskammer, die 3. Strafkammer, die 9. Strafkammer, die 17. Strafkammer, die 19. Strafkammer sowie die Jugendkammer II, die Jugendkammer III und die Jugendkammer IV stellen keine Vertreter.

G Kammerübergreifende Vertretungsregelung

- 1 Bei Verhinderung der regelmäßigen Vertreter einer Zivilkammer vertreten in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Zivilkammern, die in ihrer Bezifferung der Kammer folgen, die eine Vertretung benötigt, danach die Mitglieder der Zivilkammern, die der Vertretung benötigenden Kammer in ihrer Bezifferung vorangehen, beginnend mit der 1. Zivilkammer, danach in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Strafkammern, beginnend mit der 1. Strafkammer, und schließlich in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Jugendkammern, beginnend mit der Jugendkammer I.

Bei Verhinderung der regelmäßigen Vertreter einer Strafkammer vertreten in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Strafkammern, die in ihrer Bezifferung der Kammer folgen, die eine Vertretung benötigt, danach die Mitglieder der Strafkammern, die der Vertretung benötigenden Kammer in ihrer Bezifferung vorangehen, beginnend mit der 1. Strafkammer, danach in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Jugendkammern, beginnend mit der Jugendkammer I, und schließlich in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Zivilkammern, beginnend mit der 1. Zivilkammer.

Bei Verhinderung der regelmäßigen Vertreter einer Jugendkammer vertreten in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Jugendkammern, die in ihrer Bezifferung der Kammer folgen, die eine Vertretung benötigt, danach die Mitglieder der Jugendkammern, die der Vertretung benötigenden Kammer in ihrer Bezifferung vorangehen, beginnend mit der Jugendkammer I, danach in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Strafkammern, beginnend mit der 1. Strafkammer, und schließlich in aufsteigender Reihenfolge die Mitglieder der Zivilkammern, beginnend mit der 1. Zivilkammer.

Maßgeblich für die Reihenfolge der Kammern ist ihre Nennung bei der Darstellung des Aufgabenbereichs in dieser Geschäftsverteilung.

- 2 Die Wiedergutmachungskammer, die 3. Strafkammer, die 9. Strafkammer, die 17. Strafkammer, die 19. Strafkammer, die Jugendkammer II, die Jugendkammer III, die Jugendkammer IV sowie die Strafvollstreckungskammer stellen keine Vertreter. Die regelmäßigen Vertreter der Vorsitzenden der 4., 6., 8., 10., 11., 14., 15. und 22. Strafkammer vertreten in dieser Eigenschaft nicht. Richter, die jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft gleichzeitig einer Zivilkammer (außer Wiedergutmachungskammer) und einer Jugend-, Straf- oder Strafvollstreckungskammer angehören, sowie Hochschulprofessoren, die dem Landgericht

mit einem Teil ihrer Arbeitskraft als Richter zugewiesen sind, werden – soweit nichts anderes bestimmt ist – zur Vertretung in anderen Zivilkammern nicht herangezogen. Richter, die in mehreren Zivilkammern eingesetzt sind, werden zur Vertretung nur für die Kammer berücksichtigt, der sie mit mindestens der Hälfte ihrer Arbeitskraft zugewiesen sind. Dies gilt nicht für die Richter der 5., 15. und 18. Zivilkammer.

- 3 Die Reihenfolge der Vertretung bestimmt sich nach dem letzten Eintritt beim Landgericht, beginnend mit dem danach jüngsten Mitglied. Bei der Ermittlung des Eintrittszeitpunkts bleiben Unterbrechungen durch Abordnung, Elternzeit, Sonderurlaub oder ein Beschäftigungsverbot unberücksichtigt. Als Eintritt beim Landgericht gilt auch die Abordnung an das Landgericht. Bei gleichem so zu ermittelndem Dienstalter ist das geringere Lebensalter maßgebend.
- 4 Kann ein Vorsitzender Richter infolge Verhinderung der regelmäßigen Mitglieder einer Kammer nicht aus seiner eigenen Kammer vertreten werden, ist der Dienstälteste der von einer anderen Kammer gestellten regelmäßigen Vertreter zur Vertretung berufen.

Vorsitzende Richter vertreten nur dann, wenn eine Vertretung durch Vorsitzende Richter gesetzlich vorgeschrieben ist.

H Ergänzungsrichter

1. Ordnet der Vorsitzende die Zuziehung eines Ergänzungsrichters an und kann dieser aus dem betroffenen Spruchkörper herangezogen werden, ist dessen Bestimmung eine Angelegenheit der kammerinternen Geschäftsverteilung.
2. Ist die Bestimmung eines Ergänzungsrichters nach vorstehender Maßgabe nicht möglich, sind jeweils in nachfolgender Reihenfolge berufen:
 1. Richterin am Landgericht Zäch
 2. Richterin am Landgericht Zabl
 3. Richterin am Landgericht Dycke
 4. Richter am Landgericht Hübner
 5. Richter am Landgericht Pasch

Bei der Bestimmung des zuständigen Ergänzungsrichters ist auf die Verhältnisse zum Zeitpunkt der Zuziehungsanordnung des Vorsitzenden abzustellen. Ein Ergänzungsrichter wird bei der Bestimmung nicht berücksichtigt, soweit die nachfolgenden, nichtverhinderten Richter in zahlenmäßig weniger Strafverfahren als Ergänzungsrichter oder weiterer Vertreter für Hauptverhandlungen eingesetzt waren oder sind.

Für jeden wahrgenommenen Verhandlungstag erhält der Ergänzungsrichter im Turnus für allgemeine O-Sachen (Anlage Z1) einen halben Bonus. Beträgt der Zeitraum zwischen dem Beginn und dem Ende der Sitzung, ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen, ausweislich des Sitzungsprotokolls mindestens 6 Stunden, erhält der Ergänzungsrichter abweichend von Satz 1 einen vollen Bonus; dies gilt auch im Falle einer bereits im Jahr 2024 erfolgten Zuziehung als Ergänzungsrichter.

3. Sind im Falle einer Zuziehung alle vorgenannten Ergänzungsrichter verhindert, sind die Mitglieder der großen Strafkammern (in der Reihenfolge ihrer Bezifferung, stets beginnend mit der 1. Strafkammer), anschließend der Jugendkammer I und zuletzt der Zivilkammern (in der Reihenfolge ihrer Bezifferung, stets beginnend mit der 1. Zivilkammer) berufen. Ausgenommen sind die 3. Strafkammer, 9. Strafkammer, die 17. Strafkammer, die 19. Strafkammer, die kleinen Strafkammern, die Jugendkammern II, III und IV, die 5. Zivilkammer und die 15. Zivilkammer. Der Präsident, der Vizepräsident und die Vorsitzenden Richter des Landgerichts nehmen nicht teil. Richter, deren Dienst auf höchstens zwei Dritteln des regelmäßigen Dienstes ermäßigt ist, und Assessoren werden gleichfalls nicht herangezogen. Die Reihenfolge der Zuziehung bemisst sich nach dem letzten Eintritt beim Landgericht, beginnend mit dem danach jüngsten Mitglied. Bei der Ermittlung des Eintrittszeitpunkts bleiben Unterbrechungen durch Abordnung, Elternzeit, Sonderurlaub oder ein Beschäftigungsverbot unberücksichtigt. Als Eintritt beim Landgericht gilt auch die Abordnung an das Landgericht. Abzustellen ist auf die Verhältnisse zum Zeitpunkt der Zuziehungsanordnung des Vorsitzenden.

I Vorrangregelung

1. Hat ein Richter verschiedene Dienstgeschäfte zu erledigen, so haben – soweit keine Sonderregelung erfolgt – in folgender Reihenfolge Vorrang:
 1. Schwurgerichtskammern,

2. Wirtschaftsstrafkammern,
3. Strafvollstreckungskammer.

Dabei ist es gleichgültig, ob es sich bei dem Dienstgeschäft in der Schwurgerichts- oder Wirtschaftsstrafkammer um eine Schwurgerichts- bzw. Wirtschaftsstrafsache handelt. Unabhängig davon, in welcher Kammer sie anfallen, haben jedoch Schwurgerichts- und Wirtschaftsstrafsachen Vorrang vor sonstigen Dienstgeschäften.

Die Dienstgeschäfte eines Richters in einer Jugendkammer oder Strafkammer, der erstinstanzielle Verfahren zugeteilt sind, gehen denjenigen in einer anderen Strafkammer vor.

Die Dienstgeschäfte eines Richters in einer Strafkammer (auch bei der Bestimmung des Ergänzungsrichters und der Wahrnehmung dieser Aufgabe), einer Strafvollstreckungskammer oder einer Kammer für Handelssachen gehen denjenigen in einer Zivilkammer vor.

Im Übrigen bestimmt sich das Rangverhältnis der Dienstgeschäfte eines mehreren Kammern zugeteilten Richters nach der Reihenfolge, in der die Kammern in der Geschäftsverteilung aufgeführt sind.

- 2 Ist ein Richter mit einem Teil seiner Arbeitskraft an ein anderes Gericht abgeordnet oder ist ihm ein weiteres Richteramt an einem solchen Gericht übertragen, gilt Ziffer 1 entsprechend. Treffen hiernach gleichrangige Dienstgeschäfte beim Landgericht und beim Gericht der Abordnung aufeinander, gehen die Dienstgeschäfte beim Gericht der Abordnung vor.
- 3 Die landgerichtlichen Dienstgeschäfte, die den nach § 22 Abs. 2 GVG dem Landgericht zur teilweisen Dienstleistung zugewiesenen oder gemäß § 78b Abs. 2 GVG durch das Präsidium des Landgerichts herangezogenen Richtern am Amtsgericht des Bezirks obliegen, gehen den Geschäften, die ihnen bei ihrem Stammgericht verblieben sind, vor, es sei denn, dass ihre örtlichen Vertreter (einschließlich aller weiteren Vertreter) im Einzelfall verhindert sind, diese Geschäfte wahrzunehmen.

J Eildienst der Richter

- 1 Beim Landgericht Nürnberg-Fürth wird an folgenden Tagen ein Eildienst eingerichtet:
 - a) an Samstagen, denen ein dienstfreier Tag vorausgeht oder denen mehr als ein dienstfreier Tag folgt; kein dienstfreier Tag im Sinne dieser Vorschrift ist ein Tag, an dem ein Bereitschaftsdienst besteht;
 - b) am Samstag während der Spielwarenmesse;
 - c) am Tag des Betriebsausflugs (sofern dieser an einem einzigen Tag durchgeführt wird);
 - d) am Nachmittag des Faschingsdienstags;
 - e) an sonstigen dienstfreien Werktagen (insbesondere Heiligabend, Silvester).
- Sofern sich hierzu eine Notwendigkeit ergibt, wird von Fall zu Fall auch an sonstigen Tagen ein Eildienst eingerichtet.
- In jedem Fall ist sicherzustellen, dass nicht mehr als zwei dienstfreie Tage aufeinanderfolgen, an denen kein Bereitschaftsdienst eingerichtet ist. In Abweichung von a) muss der Bereitschaftsdienst nicht zwingend am Samstag eingerichtet werden, wenn dem Grundsatz des vorstehenden Satzes in anderer Weise Rechnung getragen wird.
- 2 Der Eildienst dauert, sofern im Einzelfall nichts anderes bestimmt ist, von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr, am Tag des Betriebsausflugs jedoch von 08:00 Uhr bis 16:15 Uhr, am Faschingsdienstag von 12:00 Uhr bis 16:15 Uhr.
- 3 Der richterliche Eildienst wird wahrgenommen
 - 3.1 während der Spielwarenmesse von dem Vorsitzenden der 4. Kammer für Handelssachen, der für die Geschäfte der Kammern für Handelssachen zuständig ist, sowie von den Mitgliedern der 19. Zivilkammer, die für alle sonstigen Geschäfte zuständig sind;
 - 3.2 im Übrigen von den Mitgliedern der Zivilkammern in ihrer numerischen Reihenfolge (ausgenommen die 5., 15., 18. und 19. Zivilkammer).

- 3.3 Mit dem Reihendienst beginnen im Geschäftsjahr die Mitglieder der in Abschnitt L bestimmten Kammer.
- 3.4 Entfällt der Eildienst (z.B. Ausfall des Betriebsausfluges), ist dies für die Einteilung der Kammer für die weiteren Eildienste ohne Einfluss.
- 4 Die Vertretung der zum Eildienst eingeteilten Richter richtet sich nach Abschnitt G.
- 5 Der Eildienst einer Kammer endet spätestens 24 Stunden nach seinem Beginn.
- 6 Von den Mitgliedern der Kammer, die den Eildienst leistet, muss mindestens ein „ständiges Mitglied“ des Gerichts (also kein abgeordneter und kein Probezeitrichter) im Gerichtsgebäude anwesend sein. Zwei weitere Richter, von denen mindestens einer „ständiges Mitglied“ des Gerichts ist, brauchen nur abrufbereit zu sein, d.h. sie müssen in Kürze herbeigeholt werden können.
- 7 An dienstfreien Tagen, an denen kein Eildienst eingerichtet oder dieser zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht erreichbar ist, ist für Entscheidungen über Anträge auf Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls sowie etwaige Folgemaßnahmen die 21. (gr.) Strafkammer zuständig. Regelmäßige Vertreter sind die Mitglieder der 9. (gr.) Strafkammer, weitere Vertreter die Mitglieder der 5. (gr.) Strafkammer.

K Bereitschaftsdienst beim Amtsgericht Erlangen

Richterin am Landgericht L. Schmaus und Richterin am Landgericht Schuderer werden mit jeweils 0,5 Arbeitskraftanteilen zum Bereitschaftsdienst beim Amtsgericht Erlangen herangezogen (§§ 22c Abs. 1 Satz 3 GVG, 3 Abs. 3 GZVJu).

L Übergangs- und Schlussbestimmungen

- 1 Mit dem Eildienst gemäß Abschnitt J 3.3 dieser Geschäftsverteilung beginnt im Jahr 2026 die 8. Zivilkammer.
- 2 Alle im Geschäftsjahr 2026 anhängig gewordenen Verfahren werden nach den Bestimmungen dieser Geschäftsverteilung und ihrer Nachträge verteilt.
- 3 Sofern durch diese Geschäftsverteilung eine Änderung in der Zuständigkeit gegenüber früheren Geschäftsverteilungen eintritt, bleiben die am 31. Dezember 2025 (Eingangsstempel bzw. Prüfvermerk) anhängigen Verfahren bei der an diesem Tag dafür zuständigen Kammer, es sei denn, mit dieser Geschäftsverteilung werden ausdrücklich bereits anhängige Verfahren verschoben.
- 4 Für den Fall, dass (a) die Stromversorgung aufgrund eines Katastrophenereignisses großflächig ausfällt und abzusehen ist, dass diese bis 12:00 Uhr des folgenden Geschäftstags nicht wiederhergestellt sein wird oder (b) der Eintritt des Katastrophenfalls durch einen Beschluss des Präsidiums des Landgerichts Nürnberg-Fürth festgestellt wird, greift die als Anlage beigefügte Notfallgeschäftsverteilung.
- 5 Mit Ablauf des 31. Dezember 2025 nicht verbrauchte Boni und Mali im Turnus in Zivil-, Handels- und Strafsachen werden auf den jeweiligen zum 1. Januar 2026 neu gebildeten Turnus angerechnet.
- 6 Die Zuständigkeit für neu eingehende Klagen im Zusammenhang mit dem Diesel-Abgasskandal verbleibt, soweit 3,0 Liter Turbodieselmotoren betroffen sind, bei der 16. Zivilkammer.
- 7 Die 19. Zivilkammer ist für die am 1. Oktober 2019 in der 3. Zivilkammer abgetragenen Urheber-, Design- und Wettbewerbssachen und Verfahren des Gewerblichen Rechtsschutzes sowie für Verfahren, in denen eine vor dem 1. Oktober 2019 ergangene Entscheidung aufgehoben und zurückverwiesen wird (§ 538 ZPO), zuständig. Die Rechtssachen zählen nicht als neu eingehende Verfahren.

- 8 Die Zuständigkeit für die in der 2. Kammer für Handelssachen abgetragenen Bausachen sowie für Bausachen, in denen eine Entscheidung der 2. Kammer für Handelssachen aufgehoben und zurückverwiesen wird (§ 538 ZPO), geht auf die 5. Kammer für Handelssachen über. Die Rechtssachen zählen nicht als neu eingehende Verfahren.
- 9 Die 1. Zivilkammer nimmt aufgrund einer Wiedereingliederung von Richter am Landgericht Mangalia bis auf Weiteres mit einer um 1,0 Arbeitskraftanteile reduzierten Besetzungsstärke an den Turnussen Z1 und Z3 teil.
- 10 Die 19. Zivilkammer erhält für die Mitarbeit von Richterin am Landgericht Lux in aufsichts- bzw. disziplinarrechtlichen Angelegenheiten der Notare für jeden neuen aufsichts- bzw. disziplinarrechtlichen Vorgang zwei Boni im Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen). Die Verwaltungsgeschäftsstelle meldet die Erfassung eines entsprechenden Vorgangs der Registratur, die den Tag der Meldung und die daraus resultierenden Boni in der für den Turnus geführten Liste vermerkt.
- 11 Die mit Ablauf des 31. Dezember 2025 im Referat von Richter am Landgericht Blos in der 10. Zivilkammer anhängigen, nicht erledigten Verfahren werden auf die 6. Zivilkammer übertragen.
- 12 Zum 1. Januar 2026 werden alle anhängigen, nicht erledigten Verfahren aus dem vormaligen Referat von Richterin am Landgericht Greier in der 16. Zivilkammer, in denen zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung ein Verkündungstermin bestimmt ist, unter Anrechnung auf den Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen) auf die 11. Zivilkammer übertragen.
- 13 Zum 1. Januar 2026 werden alle anhängigen, nicht erledigten Beschwerden in Konkurs-, Vergleichs- und Insolvenzverfahren sowie nach dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG), die erstmals im Jahr 2025 beim Landgericht eingegangen sind, aus dem Bestand der 11. Zivilkammer unter Anrechnung auf den Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen) auf die 10. Zivilkammer übertragen.
- 14 Zum 1. Januar 2026 erhalten im Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen) die 16. Zivilkammer einmalig 15 Boni und die 9. Zivilkammer einmalig fünf Boni.

- 15 Zum 1. Januar 2026 werden zunächst ohne Anrechnung auf den Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen) aus dem vormaligen Referat von Richterin am Landgericht von Rauffer in der 8. Zivilkammer die nachfolgenden 19 anhängigen, nicht erledigten Verfahren umverteilt:
- Die drei am 31. Dezember 2025 nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten anhängigen, nicht erledigten allgemeinen erstinstanzlichen Zivil- oder Verkehrsunfallsachen auf die 16. Zivilkammer;
 - im Anschluss daran die drei am 31. Dezember 2025 nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten anhängigen, nicht erledigten allgemeinen erstinstanzlichen Zivil- oder Verkehrsunfallsachen auf die 19. Zivilkammer;
 - im Anschluss daran die drei am 31. Dezember 2025 nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten anhängigen, nicht erledigten erstinstanzlichen Versicherungs- oder Verkehrsunfallsachen auf die 2. Zivilkammer;
 - im Anschluss die zehn am 31. Dezember 2025 nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten anhängigen, nicht erledigten erstinstanzlichen Versicherungssachen (nicht Kraftfahrtversicherungssachen) auf die 11. Zivilkammer.
- 16 Das bis 15. Dezember 2025 durch Richterin am Landgericht von Rauffer besetzte Referat in der 8. Zivilkammer und das bis 31. Dezember 2025 durch Richterin am Landgericht Greier besetzte Referat in der 16. Zivilkammer werden nicht nachbesetzt. Die am 31. Dezember 2025 in den Referaten noch anhängigen, nicht erledigten Verfahren werden sodann wie folgt umverteilt:
- Die Erbsachen und S-Sachen aus dem Referat in der 8. Zivilkammer verbleiben in der Kammer;
 - Die Versicherungssachen und Kraftfahrtversicherungssachen aus dem Referat in der 8. Zivilkammer werden unter Anrechnung auf den Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen), beginnend mit dem nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten Verfahren, nach dem Verteilungsschema in Anlage X1 verteilt. Die 11. Zivilkammer wird bei der Zuteilung von Kraftfahrtversicherungssachen ausgelassen;

- Die Verkehrsunfallsachen werden unter Anrechnung auf den Turnus für erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen (O-Sachen), beginnend mit dem Referat in der 8. Zivilkammer, jeweils beginnend mit dem nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten Verfahren, nach dem Verteilungsschema in Anlage X2 verteilt;
 - Die erstinstanzlichen allgemeinen Zivilsachen werden, beginnend mit dem Referat in der 8. Zivilkammer, jeweils beginnend mit dem nach der laufenden Nummer des Aktenzeichens jüngsten Verfahren, nach dem Verteilungsschema in Anlage Z1 verteilt.
- 17 Zum 1. Januar 2026 erhält die 1. Kammer für Handelssachen aufgrund ihrer Belastung mit Altverfahren auf den Turnus für allgemeine Handelssachen (Anlage H1) einmalig 20 Boni. Außerdem nimmt sie in diesem Turnus bis auf weiteres mit 0,75 AKA teil.
- 18 Zum 1. Januar 2026 werden die ersten zehn in dem Turnus für Berufungen gegen Urteile der Strafrichter und die ersten zwei in dem Turnus für Berufungen gegen Urteile der Schöfengerichte neu eingehenden, nach den Anlagen S6 und S7 für die 4. (kl.) Strafkammer bestimmten Verfahren der 10. (kl.) Strafkammer zugewiesen.
- 19 Von den im Jahr 2026 nach den Anlagen S3 und S4 für die 18. Strafkammer bestimmten erstinstanzlichen Wirtschaftsstrafsachen sowie Korruptions- und Vermögensstrafsachen im Gesundheitswesen, in denen bei Eingang des Verfahrens am Landgericht gegen mindestens einen Angeklagten Untersuchungshaft vollzogen wird, übernehmen die 12. Strafkammer das erste und die 3. Strafkammer das zweite eingehende Verfahren. Die 2. Strafkammer erhält zum Ersten des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die 3. Strafkammer das für die 18. Strafkammer bestimmte Verfahren übernommen hat, im Turnus für allgemeine Strafverfahren erster Instanz (Anlage S1) einmalig vier Boni. Die Boni gemäß Tz. 3.2.3 für die auf vorbeschriebene Weise von der 12. und 3. Strafkammer übernommenen Verfahren werden der 18. Strafkammer angerechnet.

Nürnberg, den 12. Dezember 2025

Das Präsidium des Landgerichts
Nürnberg-Fürth

Zwerger
Präsident des Landgerichts

Greier

Richterin
am Landgericht

Kraus

Richterin
am Landgericht

Modschiedler

Richter
am Landgericht

Neufanger

Richter
am Landgericht

Pelzl

Vorsitzender Richter
am Landgericht

S. Rackelmann

Vorsitzender Richter
am Landgericht

Dr. Rogler

Vorsitzender Richter
am Landgericht als weiterer
aufsichtsführender Richter

Rudolf

Richter
am Landgericht

Schroeter

Vorsitzende Richterin
am Landgericht

Zaar

Vorsitzender Richter
am Landgericht

Richter am Landgericht Rudolf ist an der Mitwirkung bei der Beschlussfassung verhindert.

Nürnberg, den 12. Dezember 2025

Zwerger
Präsident des Landgerichts

**Anlage Z1: Verteilungsschema
O - bzw. OH - Sachen**

Ordnungsnummer	1. Zivilkammer	2. Zivilkammer	3. Zivilkammer	4. Zivilkammer	6. Zivilkammer	7. Zivilkammer	8. Zivilkammer	9. Zivilkammer	10. Zivilkammer	11. Zivilkammer	12. Zivilkammer	13. Zivilkammer	14. Zivilkammer	16. Zivilkammer	17. Zivilkammer	19. Zivilkammer	20. Zivilkammer	
	16	13	17	10	6	11	14	1	2	3	12	7	4	15	8	5	9	0,125
	38	30	39	27	23	28	31	18	19	20	29	24	21	33	25	22	26	0,250
	65	50	66	45	40	46	51	32	34	35	47	41	36	52	42	37	43	0,375
	85	69	87	62	55	63	70	44	48	49	64	57	53	72	58	54	59	0,500
	114	86	115	79	73	80	89	56	60	61	81	74	67	93	75	68	76	0,625
	137	108	138	99	88	100	109	71	77	78	101	92	82	111	94	83	95	0,750
	163	128	164	116	104	117	129	84	90	91	118	105	97	130	106	98	107	0,875
	180	147	182	133	121	134	148	96	102	103	135	123	112	150	124	113	125	1,000
	212	165	213	151	139	152	166	110	119	120	153	140	126	167	141	127	142	1,125
	234	181	235	168	154	169	186	122	131	132	170	155	143	193	156	144	157	1,250
	261	209	262	183	171	185	210	136	145	146	190	172	158	211	173	159	174	1,375
	281	226	283	206	184	207	227	149	160	161	208	191	175	229	194	176	196	1,500
	310	246	311	223	202	224	247	162	177	178	225	203	192	248	204	195	205	1,625
	333	265	334	241	219	242	266	179	188	189	243	220	200	268	221	201	222	1,750
	359	282	360	258	236	259	285	187	198	199	260	237	217	289	238	218	239	1,875
	376	304	378	275	251	276	305	197	215	216	277	253	232	307	254	233	255	2,000
		324		295	269	296	325	214	230	231	297	270	249	326	271	250	272	2,125
		343		312	284	313	344	228	244	245	314	288	263	346	290	264	291	2,250
		361		329	300	330	362	240	256	257	331	301	278	363	302	279	303	2,375
		377		347	317	348	382	252	273	274	349	319	293	389	320	294	321	2,500
				364	335	365		267	286	287	366	336	308		337	309	338	2,625
				379	350	381		280	298	299	386	351	322		352	323	353	2,750
					367			292	315	316		368	339		369	340	370	2,875
					380			306	327	328		387	354		390	355	392	3,000
								318	341	342			371			372		3,125
								332	356	357			388			391		3,250
								345	373	374								3,375
								358	384	385								3,500
								375										3,625
								383										3,750
																		3,875
																		4,000

**Anlage Z2: Verteilungsschema
S - bzw. T - Sachen**

Ordnungsnummer	5. Zivilkammer		
	1	2	5
	3	4	10
	6	7	16
	8	9	
	11	12	
	13	15	
14			

Anlage Z3: Verteilungsschema erstinstanzliche Bausachen

Ordnungsnummer	1. Zivilkammer		3. Zivilkammer		9. Zivilkammer		12. Zivilkammer		17. Zivilkammer	
	4	5	1	3	2	10	11	6	8	7
	18	19	9	14	12	24	25	13	17	16
	31	32	15	22	21	38	39	20	28	26
	45	46	23	33	29	50	51	27	36	35
	58	59	30	42	40	64	65	34	47	43
	72	73	37	53	48	78	79	41	57	54
	85	86	44	62	56	92	93	49	68	61
	99	100	52	71	66	104	105	55	76	70
			60	82	75			63	87	80
			67	90	83			69	96	89
			74	101	94			77	107	97
			81		102			84		108
			88							
			91							
			95							
			98							
			103							
			106							

**Anlage H1: Verteilungsschema
Allgemeine Handelssachen**

Ordnungsnummer	1. Kammer für Handelssachen	2. Kammer für Handelssachen	3. Kammer für Handelssachen	4. Kammer für Handelssachen	5. Kammer für Handelssachen
	3	4	1	2	7
	8	9	5	6	15
	12	16	10	11	23
	19	20	13	14	31
	24	27	17	18	
	28	32	21	22	
			25	26	
			29	30	

***Anlage H2: Verteilungsschema
Verfahren nach dem Spruchverfahrensgesetz***

Ordnungsnummer	1. Kammer für Handelssachen	2. Kammer für Handelssachen
	2	1
	4	3

**Anlage S1: Verteilungsschema
allgemeine Strafverfahren erster Instanz**

Ordnungsnummer	1. Strafkammer	2. Strafkammer	7. Strafkammer	12. Strafkammer	13. Strafkammer	16. Strafkammer	18. Strafkammer	20. Strafkammer	21. Strafkammer
	6	1	2	3	4	7	5	8	9
	15	10	11	12	13	16	14	23	25
	22	17	18	19	20	24	21	33	41
	31	26	27	28	29	32	30	48	56
	39	34	35	36	37	40	38	58	72
	47	42	43	44	45	49	46	73	89
	55	50	51	52	53	57	54	88	
	64	59	60	61	62	65	63		
	71	66	67	68	69	74	70		
	80	75	76	77	78	86	79		
	87	81	82	83	84		85		

**Anlage S2: Verteilungsschema
Betäubungsmittel- und Arzneimittelstrafsachen
erster Instanz**

Ordnungsnummer	1. Strafkammer	7. Strafkammer	20. Strafkammer	21. Strafkammer
	1	2	3	4
	5	6	9	10
	7	8	13	16
	11	12	19	22
	14	15	23	28
	17	18	29	35
	20	21	34	
	24	25		
	26	27		
	30	31		
	32	33		

**Anlage S3: Verteilungsschema
Wirtschaftsstrafsachen erster Instanz**

Ordnungsnummer	12. Strafkammer		18. Strafkammer	
	1		2	
		3		4
			5	6

**Anlage S4: Verteilungsschema
Korruptions- und Vermögenstraftaten im
Gesundheitswesen erster Instanz**

	12. Strafkammer	18. Strafkammer
Ordnungsnummer	2	1
	4	3
	6	5

**Anlage S5: Verteilungsschema
Schwurgerichtssachen**

Ordnungsnummer	5. Strafkammer	19. Strafkammer
	1	3
	2	7
	4	11
	5	
	6	
	8	
	9	
	10	
	12	
	13	
	14	

**Anlage S6: Verteilungsschema
Berufungen gegen Urteile der Strafrichter**

	4. Strafkammer	6. Strafkammer	8. Strafkammer	10. Strafkammer	11. Strafkammer	14. Strafkammer	15. Strafkammer	22. Strafkammer
Ordnungsnummer	4	1	7	10	2	3	5	11
	12	6	13	24	8	9	14	25
	15	16	19		17	18	20	
		21			22	23		

**Anlage S7: Verteilungsschema
Berufungen gegen Urteile der Schöffengerichte**

	4. Strafkammer	6. Strafkammer	8. Strafkammer	10. Strafkammer	11. Strafkammer	14. Strafkammer	15. Strafkammer	22. Strafkammer
Ordnungsnummer	4	1	7	10	2	3	5	11
	12	6	13	24	8	9	14	25
	15	16	19		17	18	20	
		21			22	23		

**Anlage S8: Verteilungsschema
Berufungen gegen Urteile der Jugendschöffengerichte**

Ordnungsnummer	Jugendkammer I		Jugendkammer II	
	1	2		
	3	4		
	5	6		

Anlage X1: Verteilungsschema Versicherungssachen

Ordnungsnummer	2. Zivilkammer	8. Zivilkammer	11. Zivilkammer	20. Zivilkammer
	3	4	1	2
	7	8	5	6
	12	13	9	10
	16	17	11	14
	20	21	15	18
	26	27	19	23
	30	31	22	25
	35	36	24	29
	39	40	28	33
	43	44	32	37
	49	50	34	41
	53	54	38	46
	58	59	42	48
	62	63	45	52
	66	67	47	56
	72	73	51	60
	76	77	55	64
	81	82	57	69
	85	86	61	71
	89	90	65	75
			68	79
			70	83
			74	87
			78	92
			80	
			84	
			88	
			91	

Anlage X2: Verteilungsschema Verkehrssachen

Ordnungsnummer	2. Zivilkammer	8. Zivilkammer	16. Zivilkammer	20. Zivilkammer
	2	3	4	1
	6	7	8	5
	10	11	12	9
	14	15	16	13
	18	19	20	17
	23	24	25	21
	27	28	29	22
	31	32	33	26
	35	36	37	30
	39	40	41	34
	44	45	46	38
	48	49	50	42
	52	53	54	43
	56	57	58	47
	60	61	62	51
	65	66	67	55
	69	70	71	59
	73	74	75	63
	77	78	79	64
	81	82	83	68
				72
				76
				80
				84